Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 339. Sonnabend den 7. Dezember 1850.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Hamburg, 5. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minut. Berlin-Hamburg 84¾. Köln-Minden 90¾. Magdeburg-Wittenberge 48½.

Hamburg, 5. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minut. Getreide, Oel stille. Kaffee 4⅞, geringer Umsatz. Zink loco 500 Ctnr. 9 9/16, 500 Ctnr. 9½.

Stettin, 5. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen, 35 Br., p. Frühjahr 38 Gld. Rüböl 10⅛ Gl., p. Frühjahr 11 Br. Spiritus 21¾, p. Frühjahr 20 Br.

Frankfurt a. M., 4. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 38¾. 4½% Metalliq. 65. 5% Metalliq. 75. Bankaktien 1085. Loose 149. Spanier 33½. Badische Loose 30⅝. Kurhessische Loose 30½. Wien 94½.

Ratibor, 6. Dezember. Der Wiener Zug ist bis um 11 Uhr Vormittags noch nicht angekommen und hat, da der Zug nach Breslau und Berlin bereits um 10½ Uhr Vormittags abgegangen ist, den Anschluß an diesen versäumt.

Paris, 3. Dezember, Abends 8 Uhr. Die Legislative hat die Wahl Duvergiers d'Hauranues im Cher-Departement genehmigt.

Die Linke bereitet einen Antrag auf allgemeine Amnestie vor.

Der „Peuple de Dijon" ist von der Anklage der Beleidigung Haynaus freigesprochen worden.

Berryer vertheidigt den Vicomte Alincourt in seinem Prozesse gegen den Prinzen Canino.

Paris, 3. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 58, 10. 5% 94.

Paris, 4. Dezember, Abends 8 Uhr. Der Constitutionnel bestreitet das Gerücht, daß der Kredit für Rüstungen nicht gefordert werden würde, weil die Nachrichten aus Deutschland friedlich lauten. — In der Kommission für parlamentarische Initiative spricht sich die Majorität für Revision des Wahlgesetzes aus.

Der französische Gesandte machte Lord Palmerston, im Interesse des Papstes Vorstellungen.

Die Kommission der Legislativen autorisirt Miots Verfolgung. — Arlincourt wurde verurtheilt.

Paris, 4. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 58, 75. 5% 95, 10.

London. 3. Dezember. Die „Morning Post" hält es für möglich, daß gegen den Kardinal Wieseman, wegen verkündigten allgemeinen Ablasses, eine Verfolgung eintrete.

Madrid, 28. November. Der bisherige Finanzminister Murillo hat seine Entlassung eingereicht. Monc wurde durch den Telegraphen hierher berufen.

Amsterdam, 4. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Integrale 55⅜. Spanisch inländische Schuld 33½. 2½% Metall. 37⅜. 5% Metalliqu. 69½. 5% neue Metalliques 75. Russische 4% Hope (1840) 85¾. Neue russische Anleihe 93.

Triest, 4. Dezember. London 12, 35. Silber 27½.

Turin, 1. Dezember. Der Abgeordnete Lyons will Unteroffizieren und Gemeinen einen Kleiderentschädigungsbetrag ausgefolgt wissen. Der Kriegsminister bemerkt, dazu wären 4 Millionen Franks jährlicher Mehrausgabe erforderlich, verspricht jedoch Vorlage eines hierauf Bezug nehmenden Gesetzentwurfes. Lyons beklagt sich über die provisorischen Einrichtungen in der Armee. Der Kriegsminister bemerkt, nur die Infanterie sei provisorisch organisirt worden. Als Lyons sich hierbei nicht zufrieden geben wollte und den Minister der Nachläßigkeit und des Protektionswesens beschuldigte, ward er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Der Abgeordnete Dabormida bekämpft Lyons Antrag, der von der Kammer verworfen wird.

Rom, 29. November. Denjenigen, welche sogenannte freie Beschäftigungen treiben, ist eine Steuer auferlegt worden, die Publikation des spezifischen Tarifs steht bevor.

Zara, 1. Dezember. Die türkischen Truppen sind am 26. über Kubec nach Trebigue marschirt; die türkische Dampffregatte ist über Corfu nach Konstantinopel abgegangen.

Uebersicht.

Breslau, 6. Dezember. Wegen des hohen Interesses, welches die Adreß-Debatte für die Leser haben dürfte, theilen wir den stenographischen Bericht über die Sitzung der zweiten Kammer vom 3. Dezember vollständig mit.

Ebenso die Adresse der Linken der ersten Kammer. Sie ist von Baumstark verfaßt und von noch 42 Abgeordneten unterzeichnet.

Die berliner Blätter und Korrespondenzen enthalten die mannigfachsten Angaben über die bevorstehende Ergänzung des Kabinets.

Nach verschiedenen Berichten soll die Demobilisirung der preußischen Armee in der Art vor sich gehen, daß zunächst das zweite Aufgebot der Landwehr und von dem ersten Aufgebot der Theil beurlaubt wird, dessen häusliche Verhältnisse diese Rücksichtsnahme zunächst erfordert.

Die Truppenbewegungen in den preußischen Provinzen nehmen einstweilen nach den früher gegebenen Instruktionen ihren Fortgang. Besanders lebhaft sind diese Märsche in den Kurhessen zunächst gelegenen Distrikten.

In Kurhessen ist man fest entschlossen, von dem Recht und der Verfassung keinen Finger breit zu weichen, und lieber das Schlimmste über sich ergehen zu lassen. Selbst die Adresse, die nach vieler Mühe von einigen höheren Beamten in Kassel an den Kurfürsten zu Stande gebracht worden ist, weicht nicht von dem verfassungsmäßigen Wege ab. Sie bittet den Kurfürsten, nach Kassel zurückzukehren, und die zwischen ihm und den Ständen entstandenen Differenzen unter Einberufung neuer Stände und auf verfassungsmäßigem Wege auszugleichen.

Trotzdem haben die sogenannten Bundestags-Truppen Befehl erhalten: am 3. Dezember nach Kassel aufzubrechen. Und wirklich ist auch der Generalstab nebst dem Bundestags-Kommissar am 3. Dezember von Fulda nach Hünfeld abgegangen. Dafür sollen 15,000 Oesterreicher in Fulda einrücken. — Am selben Tage kam ein preußischer Stabsoffizier nebst Adjutant in Fulda an.

Am 4. Dezember wurde in der zweiten Kammer zu Dresden folgender Antrag angenommen: „Die hohe Staatsregierung möge bei Mitwirkung zur Schaffung einer kräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Zentralgewalt für gleichzeitige Herstellung einer zweckmäßigen allgemeinen Vertretung des deutschen Volkes Sorge tragen." — Der sächsische Minister des Auswärtigen gab in Folge dessen eine ausführliche Erklärung, in welcher er sich gegen eine allgemeine Volksvertretung aussprach und nur eine Vertretung der Kammern zulässig erklärte, und das Bekenntniß ablegte, daß Deutschland kein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund werden müsse, und daß die Regierung sich jedem Versuche, einen Theil von Deutschland zu einem Bundesstaate umzugestalten, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen werde.

Im Königreich Sachsen ist der zur Mobilmachung gehörige Pferde-Ankauf beendet worden.

Der preußische General v. Schreckenstein, welcher bisher in Baden kommandirte, hat nach einem Erlaß, betreffend die Auflösung des dortigen preußischen Truppenkorps, sich über Frankfurt nach Koblenz begeben.

In Stuttgart hat der ständische Ausschuß einstimmig den Beschluß gefaßt: gegen die Ernennung der neuen Staatsschulden-Verwaltungskommission als eine verfassungswidrige zu protestiren.

An der schlesisch-böhmischen Grenze sind die Ortschaften: Trautenau, Arnau und Hohenelbe von dem Regimente Roßbach besetzt, und von Friedland und Reichenberg aus sind Abtheilung bis auf ¾ Stunden von der Grenze des Hirschberger Kreises (Neuwelt und Rochlitz bei Schreiberhau) vorgerückt.

Breslau, 6. Dezember.

Man wird nicht erwarten, daß wir mit der Regierung über die Zweckmäßigkeit der Kammervertagung rechten oder uns in lange Betrachtungen über die Bedeutung dieses Aktes einlassen werden.

Wer jetzt noch nicht seinen Standpunkt genommen und seine Erwartungen von dem theilweise bestehenden, theilweise entstehenden Ministerium fixirt hat, wer jetzt noch zwischen Hoffnungen und Befürchtungen sich abquält, ohne zu begreifen, daß es sich gar nicht mehr um ein Mehr oder Minder, sondern um einfaches Entweder — Oder handelt, den können wir getrost der Schule der Ereignisse überlassen.

Nichts desto weniger scheinen die offiziellen Organe noch auf ein Publikum zu rechnen, welches durch die Vertagung der Kammern nur etwas verstimmt und darum durch eine entsprechende Belehrung leicht wieder zu beschwichtigen ist, welches um die Verfassungsmäßigkeit des Regiments der Kreuzritter nur ein wenig besorgt und darum durch eine beruhigende Zusicherung wieder zum alten Vertrauen zurückzuführen ist.

Im Grunde sind diese Bemühungen nur Reminiscenzen eines „überwundenen" Systems. Wenn eine Regierung sich entschließt, gegen die unzweideutige Meinung des Landes, gegen den Willen einer Volksvertretung, wie unsere gegenwärtigen Kammern, dem Lande ein System aufzuzwingen, welches über seine ganze Zukunft nach allen Richtungen entscheidet und mit allen seinen geschichtlichen Traditionen bricht, so ist es eine große Inkonsequenz, für ein solches System doch wieder einen Anhang im Volke sich gewinnen zu wollen, und damit gewissermaßen wieder eine halbe Anerkennung derjenigen Macht auszusprechen, auf deren Beseitigung das neue System sich gründen muß.

Wir dürfen uns deshalb weder erzürnen noch verwundern, wenn eine von diesem Standpunkte ausgehende Vertheidigung jenes Aktes ein wenig kläglich ausfällt. Die deutsche Reform hätte auch füglich das Vertheidigeramt der Kreuzzeutung überlassen können, denn nur wer offen und fest zu den Prinzipien eines Systems sich bekennt, ist im Stande, die bestmögliche Vertheidigung desselben zu führen.

Darum wird es der Deutschen Reform auch schwer werden, eine schlagendere Rechtfertigung für die Vertagung der Kammern zu finden, als jenes ehrliche Bekenntniß der Kreuzzeitung enthält, daß das Kammergezänk mit dem Momente aufhöre, unvermeidlich zu sein, wo der leidige Geldpunkt ohne die Kammern ins Reine gebracht werden kann. „Die Kammern sind dazu da, um das nöthige Geld zu beschaffen, und sind überflüssig, wenn man sie dazu nicht braucht, oder sie sich dazu nicht unbedingt brauchen lassen wollen." Das ist ein Prinzip, auf das sich ein ganzes politisches System mit Leichtigkeit gründen läßt und welches in seiner Art unwiderleglich ist.

Die deutsche Reform hat das nicht aussprechen mögen und da sie dennoch für die Vertagungsmaßregel in die Schranken treten wollte, so hat sie ein seltsames Manöver einschlagen müssen. Sie wirft sich selbst die albernsten Einwendungen auf, welche nur je in dem Gehirn eines politischen Kannegießers entspringen können, um dann siegreich dieselben zu widerlegen.

So läßt sie sich einwenden: „Wenn die Krone von ihrem verfassungsmäßigen Rechte, die Kammern zu vertagen, Gebrauch macht, so soll die Verfassung bedroht sein," um dann schlagend darzuthun, daß durch den Gebrauch eines verfassungsmäßigen Rechtes die Verfassung nicht bedroht wird.

Wir können nicht wissen, ob irgend ein politischer Querkopf in der Vertagung eine Bedrohung der Verfassung gesehen und der deutschen Reform seinen Kummer anvertraut hat. Das aber wissen wir, daß — wenn vernünftige Leute in ihrer Hoffnung auf ein Regiment im Geiste der Verfassung herabgestimmt sind — nicht die Vertagung, sondern das System, welches u. a. auch diese Vertagung in diesem Momente nothwendig machte, und die erklärten Ansichten der Männer, denen die fernere Leitung der öffentlichen Geschäfte obliegen dürfte, der Ausgangspunkt ihrer Besorgnisse sind.

Da will die deutsche Reform haben politisiren hören: „Die Vertagung der Kammern ist so gut wie ihre Auflösung und die Auflösung der Kammern so gut wie der Umsturz der Verfassung" und knüpft daran wieder die geistreiche Bemerkung, daß Vertagung und Auflösung zwei verschiedene Dinge sind und die letztere nicht zum Umsturz der Verfassung führe.

Auch hier klammert das Blatt sich wieder an die äußere Erscheinung und ignorirt absichtlich den innern Grund.

Wenn der Politiker, den die Reform gehört haben will, nicht etwa blos ein Gespenst ihrer Phantasie gewesen ist, so wird wohl seine Meinung dahin gegangen sein, daß derselbe Grund, nämlich das System von Warschau und Olmütz, welches die Vertagung nothwendig machte, auch zur Auflösung führen müsse, weil die Kammern nicht nach vier Wochen das billigen können, was sie heute entschieden verworfen, daß dieselbe Unverträglichkeit zwischen dem neuen System und den Grundsätzen der Kammern jeder Volksvertretung gegenüber bestehen bleiben müsse, weil schwerlich eine künftige Kammer in der Lage sein wird, den regierungsfreundlichen Theil des Volkes umfassender zu vertreten, als die gegenwärtige, das preußische Volk aber schwerlich aufhören wird, seine geschichtliche Natur festzuhalten, daß endlich die Vorstellung eines konstitutionellen Regimentes bei einem zur nothwendigen Regel gewordenen diametralen Gegensatze zwischen der großen Mehrheit der Volksvertretung und der Regierung seine eigenthümlichen Schwierigkeiten hat, jedenfalls aber nicht den Begriffen entspricht, welche man bisher von Constitutionalismus gehegt hat.

Die Deutsche Reform scheint zwar auch eine dunkle Ahnung von diesem tiefen Grunde des dem Ministerium von Kammern und Land ertheilten Mißtrauensvotums zu haben, denn sie sieht sich zu der Erklärung bemüßigt, daß eine Aenderung des Regierungssystems nicht bevorstehe.

Wir wollen hier nicht um Worte streiten. Möglich ist es allerdings, daß die Regierung das System, zu dem sie jetzt offen sich bekennt, längst als die Religion ihres Herzens im Stillen geübt hat und die Politik von Warschau und Olmütz nur die Fortsetzung der Politik vom 26. Mai war. Wir halten uns lieber an die einfache und unbestrittene Thatsache, daß gegenwärtig das System der Kreuzzeitung in Preußen zur Herrschaft gekommen ist.

Ob damit, wie die Reform sagt, dasselbe Ziel verfolgt wird, welches man früher erstrebte, wissen wir nicht, da wir das frühere Ziel nicht kennen. Das aber wissen wir, daß derjenige Theil des Volkes, welcher das Ministerium in seiner frühern auswärtigen Politik unterstützte, ein anderes Ziel verfolgt glaubte. Das wissen wir, daß die Kreuzzeitung, welche hierin nicht ganz ununterrichtet sein dürfte, ihr eigenes Ziel immer als den direkten Gegensatz der Zwecke des 26. Mai dargestellt hat.

Die Deutsche Reform kann sich daher die Mühe ersparen, einen Uebergang aus der frühern Politik in die gegenwärtige zu suchen, und auf die Wunden des verletzten Nationalgefühles lindernde Pflaster zu legen, welche sie doch bald selbst wieder wird abreißen müssen. Sie kann und wird es nicht in Abrede stellen, daß die Gewalt an jene „gewisse Partei" nunmehr übergegangen ist, und wird es eben so wenig Jemand ausreden, daß das Land auf die volle praktische Verwirklichung eines Systems sich gefaßt halten muß, welches uns das Organ jener nunmehr herrschenden Partei umständlich und offen genug dargelegt hat.

Preußen.
Stenographischer Bericht.
Zweite Kammer.
Achte Sitzung vom 3. Dezember.
(Adreß-Debatte.)*)

Präsident: Auf der Tagesordnung steht die Berathung der als Antwort auf die Thronrede an Se. Majestät den König zu erlassenden Adresse. Ich glaube, es wird dem Wunsche der Kammer entsprechend sein, wenn ich zunächst eine allgemeine Diskussion über diesen Gegenstand eröffne. Die Kommission, welche mit der Entwerfung der Adresse beauftragt war, hat einen Entwurf vorgelegt, und es liegt bereits eine Anzahl von Amendements vor, welche sämmtlich gedruckt in den Händen der Mitglieder sind. Ich würde also, wenn die Kammer damit einverstanden ist, zunächst eine allgemeine Diskussion stattfinden lassen; nach Schluß derselben, nach Anleitung des Entwurfs, welchen die Kommission vorgelegt hat, die einzelnen Sätze zur Diskussion und resp. zur Abstimmung bringen und dabei die Verbesserungs-Anträge berücksichtigen, die mir vorgelegt sind. Nachdem wir so den ganzen Entwurf berathen haben, wird es sich ergeben, ob es nöthig ist, die Adresse noch einmal an die Kommission zurückzugeben, oder ob wir sogleich über das Ganze der Adresse abstimmen können.

(S. den Adreß-Entwurf der Kommission in Nr. 333 der Bresl. Ztg.)

Ich eröffne daher die allgemeine Diskussion und ertheile zunächst dem Herrn Referenten, Abgeordneten v. Bodelschwingh (Hagen) das Wort und ersuche die Herren, sich gefälligst zum Worte zu melden.

Abgeordn. v. Bodelschwingh (Hagen): Meine Herren! Der Adreß-Entwurf, welcher der hohen Kammer zur Beurtheilung vorliegt, ist von der mit ihrer Entwerfung beauftragten Kommission am letzten Freitag, also vor vier Tagen, berathen und angenommen worden. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Entwurf sich an derjenigen Anschauung der politischen Lage Preußens halten mußte, zu welcher die Kommission damals theils auf Grund offenkundiger Thatsachen, theils durch die Mittheilungen der Räthe Sr. Majestät des Königs berechtigt war. Von diesem Standpunkte aus, glaubte die Majorität der Kommission in einem so hochwichtigen kritischen Augenblick, wie der gegenwärtige, aus dem Entwurf alles fern halten zu müssen, was, wie es sonst wohl zu geschehen pflegt, geeignet wäre, eine Arena für die politischen Gefechte zu bilden, in welchem die Parteien ihre Kräfte bei Anfang der Session zu messen gewohnt sind; sie glaubte vielmehr, daß es lediglich darauf ankomme, die Thronrede mit dem einen Hauptgedanken zu beantworten, wie das preußische Volk zwar einen Frieden in vollen Ehren den Gefahren und Wechselfällen eines Krieges vorziehe, daß es aber auch bereit sei, wenn dieser Friede nicht zu erhalten, seinem Könige und der Regierung in den Krieg zu folgen mit dem vollen Nachdruck, dessen eine Nation von 16 Millionen fähig ist, voll Begeisterung für ihre Rechte und ihre Ehre, eine Nation, in welcher, Dank ihrer vortrefflichen Wehrverfassung, jeder wehrhafte Mann die Waffen zu tragen gelernt hat, eine Nation, die eine Kriegsgeschichte hat, wie keine der Erde, und ein Heer, auf welches sie mit Stolz hinblicken kann, da es hervorgegangen ist aus dieser Wehrverfassung und getragen von der herrlichen Kriegsgeschichte Preußens.

(Bravo!)

Aus diesem Gesichtspunkte bitte ich den Adreß-Entwurf zu beurtheilen. Sollte aber, wie wir allerdings Ursache haben, anzunehmen, seitdem der politische Standpunkt sich wesentlich verändert haben, dann freilich würde der Entwurf einer ganz anderen Beurtheilung unterliegen, ja vielleicht völlig unbrauchbar erscheinen können.

Ich zweifle nicht, daß das Ministerium, sei es in diesem Augenblick, oder im ferneren Verlaufe der Debatte, Gelegenheit nehmen wird, die Kammer von dem gegenwärtigen Standpunkte unserer politischen Lage vollständig in Kenntniß zu setzen.

Präsident: Der Herr Minister des Auswärtigen hat das Wort.

Minister des Auswärtigen Freiherr v. Manteuffel: Meine Herren! Es ist mir Bedürfniß, mich zu Ihnen offen über die gegenwärtige Lage der Dinge, namentlich über die deutsche Frage, auszusprechen, da ich voraussetzen darf, daß dieser Gegenstand bei der Adreß-Berathung vorzüglich ins Auge gefaßt werden muß.

Im Jahre 1849 hat Preußen seine Bestrebungen dahin gerichtet, Deutschland eine seinen Bedürfnissen entsprechende Verfassung zu verschaffen. Diese Bestrebungen haben, wie es auch in der Thronrede ausgedrückt ist, zu keinem Erfolge geführt. Bereits unterm 8. Oktober ist die Unausführbarkeit derjenigen Verfassung anerkannt worden, auf Grund deren die Einigung Deutschlands stattfinden sollte.

Das Mißlingen eines Planes hat immer etwas Schmerzliches; es wirkt aber verschieden auf den Starken, verschieden auf den Schwachen. Der Schwache gelangt dadurch in eine Gereiztheit; der Starke tritt wohl einen Schritt zurück, behält aber das Ziel fest im Auge und sieht, auf welchem anderen Wege er es erreichen kann.

(Bravo auf der Rechten.)

Von Anfang an war das Begehren Preußens gewesen, daß auf Grund freier Vereinbarung der sämmtlichen Regierungen Deutschlands eine neue Verfassung geschaffen werden sollte. Diesen Bestrebungen trat der in Frankfurt versammelte Bundestag entgegen, an welchem sich eine Anzahl der Regierungen Deutschlands betheiligte. Es wurde zwar zugegeben, daß auf freien Konferenzen die endlichen Beschlüsse gefaßt werden sollten, aber der dort versammelte Bundestag, welcher sich in seinem Rechte glaubte, nahm gewisse drängende Fragen vorweg in die Hand. Preußen war mit seinen Verbündeten, weil es sich an dem Bundestage nicht betheiligen wollte, um der Zukunft nicht zu präjudiziren, in die unangenehme Lage versetzt worden, über gewisse wichtige deutsche Fragen nicht mitsprechen zu können. Das war ein peinliches Gefühl. Es ist nun gegenwärtig erreicht worden, daß auch diese Fragen, nämlich die hessische und holsteinische, ihre Endentscheidung von allen deutschen Regierungen erhalten sollen. Es ist ferner, damit auch diejenigen Punkte, deren Entscheidung nicht länger verzögert werden durfte, diesem Sinne entsprechend gehandelt und festgesetzt worden, daß Kommissare einerseits von Oesterreich und seinen Verbündeten, und andererseits von Preußen und seinen Verbündeten, mit gleichen Rechten sich den Verhandlungen über diese Angelegenheit unterziehen sollen.

Es ist also auf diesem Felde erreicht, was die Regierung angestrebt hat; nur in der hessischen Frage lag die Sache insofern anders, als die von dem Landesherrn herbeigerufenen Hülfstruppen bereits in das Land gerückt waren. Preußen hatte sich diesem Einrücken anfangs mit Rücksicht auf seine militärische Lage widersetzt.

Es ist immer ausgesprochen worden, daß Preußen sich in die inneren Angelegenheiten Hessens nicht zu mischen gedenke. Die Frage, ob die Regierung im Rechte sei, ob die Kammern und das Land sich im Rechte befinden, ist der diesseitigen Entscheidung niemals unterzogen worden. Niemand hat auf solche Entscheidung provozirt. Die Entscheidung dieser Frage ist, nach dem, was ich die Ehre hatte anzuführen, in das berechtigte Organ, nämlich in die Gesammtheit der deutschen Regierungen, gelegt. Was die militärischen Rücksichten Preußens betrifft, so sind diese vollständig gewahrt. Es sind nicht nur ausreichende Garantieen für die Benutzung der Etappenstraßen gegeben, sondern es liegt auch in der preußischen Macht, diese seine Berechtigung in jedem Augenblicke geltend zu machen. Preußen hat daher geglaubt, daß es ohne Eintrag der Berechtigung, die es in Bezug auf die Etappenstraßen hat, und welche selbst redend nicht den Sinn haben kann, den Uebergang über dieselben zu verhindern, solchen gestatten könne.

(Unruhe zur Linken.)

Meine Herren! Die Frage des Krieges und Friedens ist eine schwer wiegende. Ich weiß sehr wohl, daß, wie in diesem Augenblick die Stimmung in den hohen Kammern ist, vielleicht im Lande ist, das Ministerium eine bessere Stellung haben würde, wenn es sich für den Krieg ausspräche. Ich lege einen hohen Werth auf die Uebereinstimmung der Regierung mit den hohen Kammern, ich lege persönlich einen hohen Werth auf die Meinung, die diese hohe Kammer ausspricht; aber, meine Herren, mein Gewissen sagt mir, daß, wie die Sachen liegen, deshalb ein Krieg nicht anzufangen ist.

(Unruhe zur Linken.)

Er könnte meines Erachtens aus zwei Gründen geführt werden: entweder zum Schutz der hessischen Verfassung, oder um deshalb, weil uns gewisse Zugeständnisse andererseits nicht im voraus gewährt sind, Zugeständnisse, welche später erlangt werden können, die aber vorweg zu ertheilen Niemand gezwungen werden kann. Wenn hier gesagt wird, ohne solche vorhergehende Zugeständnisse würde der Frieden doch von keiner Dauer sein,

*) Auszüge aus dieser Debatte haben wir in den beiden letzten Nummern des Bresl. Ztg. gegeben. Der nachträgliche Abdruck des vollständigen stenographischen Berichts, welcher soeben in unsere Hände kommt, dürfte unsern Lesern gegenüber keiner Rechtfertigung bedürfen. Red.

es würde dann in kurzer Frist doch zur Entscheidung durch die Waffen kommen müssen, und es sei das nur eine Frist, die man nicht haben wolle; so antworte ich darauf: wer unter Ihnen, meine Herren, kann mir sagen, wann ein angefangener Krieg endigen wird? wo seine Grenzen sein werden? Der Feldzug eines Jahres würde Preußen voraussichtlich das Leben von wenigstens 50, bis 60,000 Menschen kosten.

(Bewegung zur Linken.)

Meine Herren! Ich weiß, daß dies, so schwer dieses auch wiegt, kein Entscheidungsgrund da sein kann, wo es sich um die Ehre handelt.

Aber, wie die Sachen liegen, um dieser beiden Punkte einen Krieg anzufangen, hat das Ministerium nicht rathen können. Meine Herren! Die Ansichten können sehr getheilt sein; ich bin fest überzeugt, daß in diesem Hause Niemand ist, der nicht von dem reinsten Patriotismus geleitet wäre, aber ich bitte Sie inständigst, erwägen Sie, was auf der einen und auf der anderen Seite liegt, mit ruhigem, kaltem Muthe; ich glaube auch auf Patriotismus Anspruch zu haben, ich weiß, was ich Preußen schuldig bin, ich weiß, was Preußen Deutschland schuldig ist. Ich erkenne jede abweichende Ansicht an, aber ich werde die meinige zu vertheidigen suchen.

(Bravo und Unruhe. Glocke.)

Präsident: Die Rednerliste ist folgende, meine Herren. Gegen den Entwurf der Kommission haben sich einzeichnen lassen: die Abgeordneten v. Vincke, v. Kleist-Retzow, v. Bismark-Schönhausen, Winzler, Simson, Beseler, Beckerath, Urlichs, Graf Dyhrn, v. Saucken-Tarputschen.

Für den Entwurf der Kommission hat sich gemeldet: der Abgeordnete Stiehl.

Der Abgeordnete von Vincke hat das Wort.

Abgeordn. **von Vincke**: Ich erkläre mich gegen den Adreß-Entwurf der Kommission.

Ich finde denselben mit einem Worte zu matt und der jetzigen Lage der Verhältnisse und der Würde der Kammer nicht entsprechend. Um diese Ansicht zu rechtfertigen, werde ich mir erlauben, die auswärtige Politik der Regierung Sr. Majestät zu erörtern. Ich bin überzeugt, daß auch die innere manchen Anfechtungen unterliegen wird; doch werde ich dies Anderen überlassen.

Ich muß vorausschicken, daß die Kommission sich leider nicht in der Lage befunden hat, über Alles, was in der gegenwärtigen Lage zu wissen erwünscht war, eine genügende Aufklärung von den Räthen der Krone zu erlangen.

Es ist Gebrauch in allen parlamentarischen Verhandlungen der Welt, daß namentlich in Augenblicken von der Wichtigkeit des gegenwärtigen vollständige Aufklärung über die Lage der auswärtigen Verhältnisse ertheilt werde.

Wir haben dies verlangt und in allen Beziehungen Fragen an das Ministerium gerichtet, um eine ausführliche Auskunft zu erhalten. Sie ist uns nicht geworden. Man hat uns auf *schwebende* Verhandlungen hingewiesen. Es ist bekannt, daß dieser Grund einer vollständigen Mittheilung der Verhandlungen entgegengesetzt zu werden pflegt in allen Versammlungen der Welt. Aber es hat diese Rücksicht ihre Grenzen.

Ich glaube, zwei Grenzen werden von allen Seiten anerkannt werden. Einmal, daß über Verhandlungen Mittheilungen gemacht werden, die wenigstens vollständig schon hinter uns liegen und wobei doch die Ehre unseres Landes wesentlich betheiligt ist. Es sind dies z. B. die Verhandlungen in Warschau. Wir haben namentlich verlangt, daß die Instruktionen mitgetheilt werden, mit denen der verewigte Graf Brandenburg nach Warschau gegangen ist. Auch dies ist uns verweigert worden. Es ist uns aber von anderer Seite gesagt worden, daß diese Instruktion nicht vorgelegt werden könnte, ohne daß das Ministerium die Sitze verlasse, welche es einnimmt.

Die andere Schranke, welche geltend zu machen wäre, ist die, daß wenigstens gewisse Grenzen vorgezeichnet sein müssen, über welche nicht hinausgegangen werden dürfe: die Grenzen zwischen Ehre und Schmach, solche prinzipielle Grenzen, über welche die Regierung unter keinen Umständen hinauszugehen beabsichtigt. Solche Schranken sind uns nicht angedeutet. Man hat uns bis auf den letzten Tag in vollständiger Ungewißheit gelassen.

Bei dieser Ungewißheit, in welcher man uns gelassen, muß ich mich darauf beschränken, daß ich im Laufe meines Vortrages meine Wissenschaft theils aus gedruckten Noten der verschiedenen Regierungen, welche nirgends Widerlegung gefunden haben und ausführlich mit Tag und Datum abgedruckt sind, theils auch aus Mittheilungen glaubwürdiger Männer hernehme, auf die ich speziell hindeuten werde, soweit es darauf ankommen mochte.

Wenn ich hiernach auf eine nähere Beleuchtung der speziellen Fragen eingehe, so komme ich zunächst auf die Frage der deutschen Union. Die Regirung Sr. Majestät des Königs, namentlich die gegenwärtigen Räthe der Krone, haben in wiederholten feierlichen Erklärungen an die Kammern, in Denkschriften, Noten, Cirkular-Depeschen, gesagt, daß gerade durch die Ablehnung der Kaiserkrone von Seiten des Königs der Beruf Preußens ein um so ernsterer geworden sei, dem deutschen Volke die Mittel zu gewähren, um zur *Einheit* zu gelangen. Es müsse eine Verfassung gewährt werden, welche die deutsche Macht und Einheit nach Außen herstelle, und deshalb eine einheitliche Exekutivgewalt; welche ferner der Entwickelung der nationalen Bedürfnisse sichere durch eine parlamentarische Verfassung. Man hat uns demnächst die Verfassung vom 28. Mai vorgelegt und bemerkt, daß diese den angegebenen Bedingungen entsprche, daß darin rechtliche Freiheit und gesetzliche Ordnung auf gleicher Waage gewogen worden.

Man hat gesagt, daß die Geltendmachung dieser Verfassung eine Existenzfrage für Preußen sei, daß Preußen nur aus der innigsten Verbindung mit Deutschland seine Lebenskraft schöpfen könne, daß deshalb die Existenz Preußens von dem Inslebentreten dieser Verfassung abhänge. Man hat schon am 28. Mai in einer Depesche, wodurch den verschiedenen Regierungen diese Verfassung mitgetheilt ist, gesagt, daß ein längeres Zög rn das Volk zu dem Glauben berechtigen müsse, daß man es täuschen wolle. Dessen ungeachtet und obgleich nie ein günstigerer Augenblick erscheinen konnte, die Verfassung ins Leben zu führen, als im vorigen Jahre, hat man zehn Monate gezögert mit der Berufung des Erfurter Parlaments. Man hat uns damals vom Ministertische gesagt, daß man in dem Augenblicke, wo Oesterreich in Verlegenheit wäre, ihm keine Unannehmlichkeit bereiten wolle. Ich habe mich nie von der Begründung einer so sentimentalen Politik überzeugen können.

(Heiterkeit.)

Vielleicht hat auch das Ministerium damals auf eine gewisse Dankbarkeit von Seiten Oesterreichs gerechnet. Ja wohl: „Dank vom Haus Oesterreich!"

(Bravo.)

Das erfurter Parlament trat ins Leben, nachdem beide Kammern in großer Mehrheit für die Politik der Regierung Sr. Majestät, nachdem sie sich für das Inslebentreten der Unions-Verfassung ausgesprochen hatten. Vor dem Zusammentritt des Parlaments waren die verbündeten Regierungen darüber einig, daß, sofern die von ihnen vorgelegte Verfassung die Zustimmung des Parlaments erhalten haben würde, keine der verbündeten Regierungen befugt sei, davon zurückzutreten; daß nur durch den Konsensus aller Betheiligten der Rücktritt gerechtfertigt erscheinen könne. Das Parlament wurde eröffnet; es hat in großer Mehrheit beider Häuser der vorgelegten Verfassung seine endgültige Zustimmung ertheilt; es ist auf die allerbereitwilligste Weise allen Anträgen der Regierung entgegengekommen; es hat allen Wünschen der Regierungen entsprochen; es hat sich zu Revisionsvorschlägen bereit erklärt in Bezug auf alle bezeichneten Punkte; es ist kein Wunsch der Regierungen unberücksichtigt geblieben. Es ist der Patriotismus, der Eifer, die Thätigkeit, womit das Parlament seinem Rufe nachgekommen ist, von den Vertretern der Regierungen aufs vollständigste anerkannt worden. Man hätte nun erwarten dürfen, daß die so den Anträgen der Regierung gemäß festgestellte Verfassung aufs schleunigste ins Leben gerufen werden würde. Zu diesem Zwecke trat der Fürstenr th zusammen. Er wurde von preußischer Seite damit eröffnet, daß man die verbündeten Regierungen fragte, ob sie der Union treu bleiben oder ob sie zurücktreten wollten. Es wurde dabei erklärt, daß man Jeden, der bereit wäre, zurückzutreten, zwar mit Schmerz, aber ohne Groll scheiden sehen würde.

Man hätte erwarten können, daß, wenn ein Vertrag einmal geschlossen worden, derselbe auch erfüllt werden würde. Der erste Zweck eines Vertrages ist und kann doch nur dahin gehen, die Kontrahenten zu *binden*, den Kontrahenten eine *Sicherheit* dafür zu gewähren, daß der Vertrag nicht blos in vorübergehender Laune geschlossen wird, sondern daß auch dann, wenn diese Laune vorübergegangen, wenn der Drang des Moments verschwunden ist, die bindende Kraft des Vertrages nicht erloschen sein solle.

Haben Verträge diesen Zweck nicht, so weiß ich wahrlich nicht, warum man Verträge abschließt, dann kann man allerdings nichts gegen den Gesichtspunkt der Regierung einwenden, daß nämlich das Recht nur so weit gehe, als die momentane Gewalt, es geltend zu machen. Haben aber Verträge diesen Zweck, sollen sie ein Recht gewähren, so steht es damit gewiß im allerentschiedensten Widerspruch, daß man freiwillig den gebundenen Kontrahenten das Recht einräumte, von dem Vertrage zurückzutreten. Es handelte sich zudem nicht blos um die Bereitwilligkeit der Regierungen, von dem beschlossenen Werke zurückzutreten, sondern es waren auch noch andere Paciscenten vorhanden, nämlich die annehmende Vertretung des Volkes. Das Erfurter Parlament, welches die Verfassung angenommen, hat aber die Regierung, welche die Rechtsverbindlichkeit des Vertrages selbst anerkannt hatte, zu einem solchen Verfahren nicht veranlaßt; es hat nie seine Zustimmung zu einem so abnormen Verfahren gegeben.

(Bravo!)

Man hätte nun aber wenigstens glauben können, daß die Regierung an dieser Ansicht festgehalten hätte, wenn sie auch eine irrige war; dies ist aber auch nicht der Fall gewesen. Selbst in den damals stattgefundenen Konferenzen der Bevollmächtigten ist unmittelbar nach dieser Erklärung wieder gesagt worden: daß die Verfassung als rechtlich festgestellt erachtet werde, und noch am 30. September ist von dem damaligen Minister des Auswärtigen in einer Note Oesterreich gegenüber behauptet worden, daß Hessen, welches damals zurückgetreten war, an die Unionsverfassung gebunden sei, daß seine Verpflichtungen zur Union nicht rechtlich gelöst seien.

Erwarten Sie nicht von mir, daß ich in den Schlangenweg der verschiedenen Noten eingehe.

(Wiederholtes Bravo und Zischen.)

Die Regierung selbst hatte am 28. Mai erklärt, daß längeres Zaudern das Volk täuschen hieße; sie hatte erklärt, daß nur ein Definitivum die magnetische Kraft habe, daß nur das Zustandekommen des Bundesstaats die Macht haben würde, neue Elemente an sich zu ziehen. Dessenungeachtet hat sie ein Provisorium auf das andere gepfropft, weil sie, wie wir von dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten gehört haben, sich für stark hielt, und deshalb immer weiter zurückzog. Es erfolgten inmittelst von Oesterreich die allerempfindlichsten Noten. Ich will nicht auf weitere Details eingehen; ich will nur an zwei Noten, die vom 10. und 21. Juli, erinnern. In der ersteren erklärt Oesterreich Preußen gegenüber, daß seine Thaten immer mit seinen Worten im Widerspruch ständen; und in der zweiten erklärt es, daß das Verfahren der preußischen Regierung zwischen Schwäche und Eigenmacht herüber und hinüber schwanke. — Man hat diese Noten verdaut.

(Bravo!)

In derselben Zeit handelte es sich darum, in Folge der mit einer mitverbündeten Regierung geschlossenen Konvention, die Truppen dieser Regierung nach Preußen hineinzuziehen, um ihre militärische Haltung im Angesicht unserer Armee zu stärken und die militärische Verfassung, die sie in unglücklicher Zeit verloren hatten, wieder herzustellen.

Es ist bekannt, daß die österreichische Regierung in Betreff der Festung Mainz, welche gleich stark von Oesterreich und von Preußen besetzt ist, den Vorüberzug dieser Truppen nicht dulden wollte. Anstatt darauf mit einer energischen Erklärung zu antworten, hat die Regierung sich darauf beschränkt, diese Angelegenheit zur Entscheidung eines Schiedsgerichts zu überweisen, und diese Proposition ist von Oesterreich nicht einmal angenommen worden. Man hat diese verbündeten Truppen ferner, nachdem die Regierung, deren Land wesentlich die Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Provinzen der Monarchie vermittelt, ihren Durchmarsch verweigert, auf Schleichwegen, die sonst nur von Schmugglern betreten zu werden pflegen,

(Bravo und Zischen)

auf einem Gänsemarsche über die höchsten Spitzen des Harzes nach Preußen geführt.

Glaubt man, daß durch ein solches Verfahren die militärische Haltung der badischen Armee gestärkt werden, die Ehre Preußens vor Deutschland gewahrt erscheinen konnte? Bei einem *solchen* Verfahren konnte man wahrlich wohl keinen Fortschritt von der Unions-Verfassung erwarten. Man konnte nicht erwarten, daß andere deutsche Staaten sich gesonnen zeigen sollten, einem solchen Bunde beizutreten, in welchem Baden so behandelt worden war. Man ist noch weiter gegangen. Man hat am 18. Oktober, wie der Herr Minister uns mitgetheilt hat, sogar diese Verfassung für unausführbar erklärt. Man hat schon damals nur mit Modifikationen an der Verfassung festhalten wollen; und diese Erklärung hat man gewagt, am *18. Oktober*, dem Jahrestage der Schlacht bei Leipzig, abzugeben.

(Bravo!)

Resumire ich diese Politik bis zum 18. Oktober, so hat sie darin bestanden, daß, während man selbst Zögerungen für verderblich erklärte, man fort und fort gezögert hat; daß, während man von der Gestaltung des Definitivums die wirksamste Hülfe erwartete, man Provisorium auf Provisorium hat folgen lassen; daß man durch Schwierigkeiten sich schrecken ließ, während starke Geister durch Schwierigkeiten sich nur angefeuert fühlen, denselben Weg mit verdoppelter Anstrengung zu gehen. Das ist wenigstens die Ansicht Friedrichs des Großen gewesen, als er den Fürstenbund stiften wollte, als ihm alle Großmächte und ein großer Theil des gesammten Deutschlands entgegentraten. Statt sich durch diese Schwierigkeiten doppelt aufgefordert zu sehen, das Werk mit rascherem Schritte zu vollenden, hat man sich gerade dadurch davon abhalten lassen. Mat hat immer auf günstigere Momente gewartet, nachdem man die allergünstigsten verpaßt hatte, und am Ende ist man sogar so weit gegangen, sich bei einer ausländischen Macht die Entscheidung über diese deutsche Angelegenheit zu holen. Ich kann hierüber zwar keine Gewißheit geben, denn die Einsicht in die Verhandlungen zu Warschau ist uns ja verweigert worden: aber nach umlaufenden Nachrichten hat man sich in Warschau engagirt, die Unions-Verfassung aufzugeben; wenigstens ist unmittelbar nach der Rückkehr von Warschau im Fürsten-Kollegium die Erklärung abgegeben worden, daß die Regiecung, wie auch in der Thronrede mit dürren Worten gesagt worden ist, von der Grundlage der Verfassung zurücktreten, und daß man erst später auf neuen Grundlagen diese Verfassung aufbauen wolle, daß man aber den *Gedanken* an eine zukünftige Gestaltung der Union festhalte. Gedanken braucht man freilich nicht festzuhalten, sie sind frei und fessellos. Aber das, worauf das Land einen Anspruch erworben hat, der ohne Zustimmung des Landes nicht aufgegeben werden kann, das hat man aufgegeben, dafür hat man neue Grundlagen suchen wollen. Die erste Bedingung, wenn man überhaupt auf eine Beachtung im Völkerrecht, auf Achtung von Seiten der auswärtigen Mächte machen will, ist wohl die, daß man den Verbündeten Treu und Glauben hält, und daß man ihnen nicht Zumuthungen stellt, von Verträgen zurückzugehen; am meisten aber hat man Treu und Glauben zu halten den Schwächern gegenüber. Dem Starken kann man allenfalls trotzen; aber dem Schwächern gegenüber Treu und Glauben nicht zu halten, diesen solche Zumuthungen zu machen, das erachte ich mit der Ehre eines großen Staats nicht verträglich.

(Bravo!)

Man könnte vielleicht glauben, daß dies Alles Ausfluß der Politik eines Mannes wäre, zu dessen Vertheidiger ich hier nicht berufen bin, von dem ich aber sagen darf, daß, wenn er Fehler begangen, sein ehrenvoller Austritt aus dem Ministerium mit einem großen Theil dieser Fehler hat versöhnen müssen. Man konnte also vielleicht glauben, daß dies nur die Ansichten dieses Mannes gewesen wären, den man an dem einen Tage aus dem Ministerium ausstieß, während man am andern Tage das that, was er gerathen hatte. Um dies zu widerlegen, bitte ich um die Erlaubniß, zwei Worte aus einem früheren Vortrage des derzeitigen Ministers des Auswärtigen hier vortragen zu dürfen.

Präsident: Die Kammer wird nichts dagegen einzuwenden haben, daß der Herr Abgeordnete die bezügliche Stelle vorliest.

Abg. **von Vincke**: Der damalige Abgeordnete für Berlin hat uns in Erfurt erklärt:

„Meine Herren! Ich stelle den Satz an die Spitze: ich will den Bundesstaat, ich will ihn mit allem Ernste, mit aller Kraft meines Willens. Ich halte dafür, daß die Forderungen der deutschen Stämme, welche auf eine staatliche Einigung sich richtet, eine tief begründete, eine durchaus berechtigte ist. Ich halte ferner dafür, daß Preußen den Beruf hat, diese Einigung herbeizuführen, daß es sich schwer versündigen würde an sich selbst, an seiner Stellung in Deutschland und in Europa, wenn es diesen Beruf nicht zur Zeit erfüllen wollte."

(Hört! hört! auf der Linken!)

„Ich werde im deutschen Ernst und in deutscher Festigkeit das Ziel festhalten, nach dem ich strebe."

(Hört! Hört!)

„Meine Herren! Der geehrte Redner, der vor mir auf dieser Tribüne stand, meinte, es gelte hier einen Scheideweg, rückwärts oder vorwärts. Meine Herren! Das Rückwärts, das wollen wir hinter uns liegen lassen! Ich werde wahrhaftig der Letzte sein, der da räth, umzukehren und umzudrehen; denn ich weiß wohl, Deutschland und am wenigsten Preußen kann unverrichteter Sache umdrehen."

(Heiterkeit.)

Nun frage ich den Herrn Minister, ob er noch jetzt glaubt, daß er nicht *umgedreht* hat?

Ich komme auf den zweiten Theil, ich komme auf die holsteinische Frage. Wenn es irgend jemals in Europa einen berechtigten, ich möchte sagen, *legitimen* Krieg gegeben hat, so ist es der Krieg Schleswig-Holsteins gegen Dänemark.

(Heiterkeit auf der Rechten.)

Dieser Krieg wird geführt, um daran kurz zu erinnern, für die Behauptung Jahrhunderte alter Rechte, die seit vier Jahrhunderten von allen dänischen Königen als Herzögen von Holstein besiegelt und beschworen worden sind. Er wird geführt für das legitime Recht des Herzogs von Augustenburg, dessen Recht eben so legitim ist, als irgend eines anderen Souverains in Europa. Der Krieg ist gewissermaßen *autorisirt* durch die eigene Erklärung Sr. Majestät des Königs in dem bekannten Schreiben an den Herzog von Augustenburg, in welchem derselbe die Ansprache, die allein die Herzogthümer für sich in Anspruch genommen, für vollberechtigt erklärt hat. Der Krieg ist *geweiht* worden durch die Theilnahme unserer tapferen Armee, die in 2 Feldzügen, in verschiedenen Gefechten und Schlachten dafür geblutet hat.

Und wenn ich auch nicht der Ansicht bin, daß als es sich darum handelte, von Seiten Preußens zuerst in diesen Krieg sich einzulassen, mit gehöriger Bedächtigkeit und Vorsicht verfahren worden ist, so muß ich doch glauben, daß der Erfolg in gewisser Beziehung für Preußen ein gesegneter gewesen ist. Zuerst seit den schmachvollen Tagen des Märzes hatten wir, seit dem Sturm auf das Danevirke, Ursache, auf Preußen stolz zu sein; und daß Preußen seine Geltung in Europa wieder erlangte, das hat es namentlich den Thaten seiner tapferen Armee in Schleswig-Holstein zu danken.

(Bravo links.)

Ich will hier nicht darauf zurückkommen, *wie* der Krieg geführt worden ist; zumal das zum Teil vor der Zeit des jetzigen Ministeriums voraus liegt. Man hat ihn zweimal durch einen Waffenstillstand zu beendigen gesucht. Ich will auch, da dies auf persönliche Fragen führen möchte, bei denen vielleicht Abwesende betheiligt sein können, nicht darauf eingehen, wie die interimistische Verwaltung in Schleswig-Holstein während des Waffenstillstandes geführt worden ist, bei der bekanntlich ein preußisches Mitglied betheiligt war.

Man hat endlich diesem Zustande ein Ende gemacht durch einen Frieden, der wohl seines Gleichen in der Geschichte der europäischen Traktate nicht hat, insofern der wesentliche Zweck eines Friedens, eine Entscheidung der streitigen Rechtsansprüche nur ist; während in dem vorliegenden Falle seltsamerweise beiden Theilen diese Rechtsansprüche *vorbehalten* bleiben, so daß es eigentlich nur ein großartiger, auf das feierlichste besiegelter Waffenstillstands-Vertrag ist. Jedenfalls aber bleiben — und das nach der ausdrücklichen Erklärung der Regierung sowohl in dem Schreiben an die Statthalterschaft, als in der Denkschrift — beiden Theilen diese Rechte reservirt und sind *offene Fragen* geblieben.

Man hat ausdrücklich erklärt, daß man das gute Recht Schleswig-Holsteins nach wie vor anerkenne und daß demselben nichts vergeben sein sollte. In diesem Augenblick beschließt der Bundestag auf Antrag des dänischen Gesandten, welcher seltsamerweise an den Bundesverhandlungen sich betheiligt, in Schleswig-Holstein interveniren zu wollen. Wir hören, daß die österreichische oder, was weiß ich, baierische Armee bereit sei, in Schleswig-Holstein zu interveniren, und wir haben es vielleicht nur der Intercession eines schwachen kleinen Staates, Braunschweigs, welcher das Glück hat, mit uns verbündet zu sein, zu verdanken, daß diese Intervention nicht sofort vor sich gegangen ist.

Jetzt, da wir allerdings die feste Ueberzeugung haben mußten, daß Preußen wenigstens dieser Intervention auf alle Weise entgegentreten würde, hören wir die gestern im Schoße eines Theiles der Adreß-Kommission seitens des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gemachte Erklärung, daß er in Olmütz das Engagement eingegangen ist, welches seitdem die Genehmigung des Gesammt-Ministeriums erhalten hat, die bereits nach Wien hin eröffnet worden ist: sich bei der Pacifikation von Schleswig-Holstein zu betheiligen, welche namentlich durch österreichische und preußische Kommissarien zu bewerkstelligen und von der der unmittelbare Erfolg sein würde, daß die schleswig-holsteinische Armee auf ein Drittel reduzirt wird, während den Dänen nur angesonnen werden soll, ihr Heer auf eine so große Zahl zu reduziren, die ausreichend ist, um die Ruhe und Ordnung — und was dies im dänischen Sinne heißt, wissen Sie — in dem Herzogthume Schleswig zu erhalten. Ich will hier nicht von den *Interessen* Preußens sprechen, welche es an der Erhaltung von Schleswig-Holstein hat, von dem nackten materiellen Interesse, was namentlich unsere Ostsee-Provinzen daran haben, daß die Ostsee nicht mehr ein Binnensee bleibe, daß durch die dänische Anmaßung in Betreff des Sundzolles ihr Handel nicht auf's äußerste gelähmt und beeinträchtigt werde, was nur gewahrt werden kann, wenn der schleswig-holsteinische Kanal geöffnet und in großartiger Weise erweitert wird. Ich will nicht von dem Interesse sprechen, welches Rußland daran hat, in dem kieler Hafen den besten Stationsplatz für seine Flotte zu erhalten, die jetzt durch Eis in Kronstadt Monate lang festgehalten und verhindert wird, auf der Ostsee zu operiren, einem Interesse, was dem preußischen schnurstracks entgegen läuft.

(Bravo auf der Linken.)

Ich spreche nicht von den Interessen, sondern von der Ehre des Landes. Ich habe erwähnt, daß Se. Majestät der König die Ansprüche von Schleswig-Holstein in einer Staatsschrift für berechtigte erklärt hat, ich habe erwähnt, daß unsere Armee in zwei Feldzügen dafür geblutet, ich erwähne, daß diese Ansprüche früher selbst von dem alten Bundestage anerkannt und in dem Frieden nicht aufgegeben, sondern für eine offene Frage erklärt worden sind. Jetzt will man Schleswig-Holstein pacifiziren, und man würde also doch glauben müssen, daß man *zur Erhaltung der Schleswig-Holsteinischen Rechte* einschreiten wolle. Dann werden aber wohl *zwei Kommissarien* nicht genügend sein. Wir haben dort eine Armee von 80,000 Mann gehabt, und selbst diese hat die Dänen nicht bewegen können, zurückzutreten; sie werden dies also zwei Kommissarien gegenüber gewiß nicht thun,

(Heiterkeit.)

in dem Augenblicke am wenigsten, wo der für Schleswig-Holstein kämpfenden tapferen Armee angesonnen wird, sich auf ein Drittel reduziren zu lassen.

Unter diesen Umständen kann ich mir nur denken, daß man *gegen* Schleswig-Holstein einschreiten und daß man zu *Gunsten der Dänen* dort vorgehen will, denn nur auf dem einen oder dem anderen Wege kann eine Pacifikation bewirkt werden; entweder der eine oder der andere Theil muß nachgeben. Daß auch ein österreichischer Kommissarius sich dabei betheiligen wird, bestärkt mich in dieser Vermuthung. Wir wissen, daß Oesterreich stets die dänischen Interessen aufrecht erhalten hat, daß selbst während des Krieges mit Deutschland der österreichische Gesandte Kopenhagen nicht verlassen hat. Wir können also aus allem diesem voraussetzen, daß man gegen die Interessen Schleswig-Holsteins für Dänemark pacifiziren will. Es ist uns zwar, um der Wahrheit die Ehre zu geben, von dem Herrn Minister gesagt worden, daß der Fürst *Schwarzenberg* an dem Bundesbeschlusse von 1846 festhalten wolle. Wenn dies der Fall ist, so weiß ich wahrlich nicht, warum man denn pazifiziren will, denn für die durch diesen Bundesbeschluß gewährleisteten Rechte steht ja eben die schleswig-holsteinsche Armee in Waffen.

Die Schleswig-Holsteiner denken auch gar nicht daran, unsere Intercession in Anspruch zu nehmen; sie wünschen nur, daß man sie gewähren lasse; sie wünschen, daß ihnen nicht auch diesmal das einzige Mittel entzogen werde, sich in der für sie günstigsten Jahreszeit, im Winter, mit den Dänen messen zu können. Wenn man also nichts Weiteres als den Bundesbeschluß festhalten will, so kann man ohne die geringste Belästigung für uns die schleswig-holsteinische Armee gewähren lassen; sie wird sich in günstigerer Zeit gewiß ihr Recht verschaffen. Wenn ich bei dieser seltsamen Sachlage frage: Was ist denn also der Grund der Pazifikation? was veranlaßt uns, uns auf diese Weise zu bemühen? so kann ich nur eine Antwort finden: *Es ist der Wille Rußlands.* Wir haben gehört, daß dies Ansinnen in Warschau in bestimmter Form von Rußland gestellt worden ist, wir haben vom Herrn Minister gehört, daß Rußland deshalb sogar in der hessischen Frage gegen uns Partei genommen, weil Oesterreich ihm vorgestellt hat, daß unsere Besetzung der Etappenstraßen nur den Zweck haben könne, sich dem Marsche einer österreichischen Armee nach Schleswig-Holstein zu widersetzen.

(Hört! hört!)

Ich kann also nur annehmen, daß der Wille Rußlands unsere Regierung bestimmt. Ich brauche wohl nicht näher zu bezeichnen, was es heißt, wenn bei solchen Fragen, bei denen die Ehre Deutschlands und in specie Preußens auf das feierlichste engagirt ist, daß wir uns hierin der Entscheidung einer auswärtigen Macht beugen; ich kann nur das einfache Wort sagen: „welche Misère!"

(Bravo auf der Linken.)

Ich gehe über auf die brennendste Frage, auf die Frage, wobei die Ehre des Landes am meisten betheiligt ist, auf die hessische. Es steht nach den Erklärungen der Regierung, die ich vorhin allegirt habe, ganz unzweifelhaft fest, daß Hessen noch in diesem Augenblicke rechtlich der Union angehört, daß seine rechtlichen Verpflichtungen zur Union nicht gelöst sind, und es ist dies wiederholt der österreichischen Regierung durch den damaligen Minister des Auswärtigen ausdrücklich erklärt worden. Ich will Sie nicht unterhalten von dem hessischen Verfassungskampfe, der in Aller Munde lebt; wir wissen Alle, mit welchen Gewaltmaßregeln, durch welche schreienden Verfassungsverletzungen das Land in die höchste Aufregung gebracht worden ist; wir wissen, mit welcher in der Geschichte unerhörten Ruhe, mit welcher Gesetzlichkeit das hessische Volk diesen Gewaltmaßregeln gegenüber sich verhalten hat, und sich noch bis auf den heutigen Tag verhält. Wir wissen, daß noch in diesem Augenblicke Ruhe und Gesetzlichkeit herrscht, und daß kein Mensch weiter etwas verlangt, als strikte Beobachtung der Verfassung, und wir wissen, daß sie auf die schreiendste Weise verletzt ist. Wir wissen ferner, daß der Bundestag ohne nur irgendwie einen verfassungsmäßigen Weg anzubahnen, auf das einseitige Gesuch der hessischen Regierung mit einer Armee in Hessen eingerückt ist, um da, wie man vorgiebt, einen gesetzlichen Zustand wiederherzustellen. Wir wissen, daß unsere Regierung die Berechtigung des wiedererstandenen Bundestags bestritten hat, daß sie eine Armee aufgestellt hat, gegenüber der Bundes-Armee. Jedermann im Lande hat hiernach erwarten müssen, daß man die Prätensionen des Bundestags, die man für ungerechtfertigt erklärt, auch nicht dulden, und nichts Schleunigeres thun würde, als die feindliche Armee aus dem Lande zu treiben. Ich bin außerdem der Ansicht, daß es der Regierung zunächst wohl obgelegen hätte, in ganz entschiedenen Erklärungen die kurhessische Regierung auf das Verfassungswidrige ihrer Schritte aufmerksam zu machen, ihr anzurathen, den verfassungsmäßigen Weg zu gehen. Ich weiß allerdings, daß Erklärungen gegeben worden sind, aber die Erklärungen in allen Noten, namentlich in der Note vom 12. September, haben nichts weiter gesagt, als daß noch nicht alle verfassungsmäßigen *Formen* erschöpft seien, man hat immer nur von der Wiederherstellung der landesherrlichen Autorität gesprochen; daß die hessische Regierung aber auf einem gesetzwidrigen Wege sich befinde; davon ist mit keiner Silbe die Rede. Es hat Keinem verborgen bleiben können, wohin die Schritte des Bundestages zielten: er hat Preußen auf der verwundbarsten Stelle treffen wollen, er hat geglaubt, Preußen in das Dilemma versetzen zu müssen, sich für das gute Recht eines verbündeten Nachbarstaates zu erklären, was freilich sehr nahe lag, was man aber doch von der Regierung Sr. Majestät nicht vorausgesetzt hat. Der Bundestag dachte ferner damit ohne Weiteres seine von Preußen nicht anerkannte Autorität faktisch ins Leben zu rufen. Er hat ferner die Constitution eines deutschen Staates, eine der am beharrlichsten verfochtenen, eines am treuesten seinem Fürsten anhänglichen Volkes vernichten wollen; er hat einen Keil hinein-

treiben wollen zwischen beide Hälften der preußischen Monarchie, er hat den Staat, an dessen Erhalten bei der Union Preußen am meisten gelegen sein mußte, durch Besetzung mit einer Armee von Preußen trennen wollen. Die Berechnung war ganz fein; es hat freilich Jedermann glauben müssen, daß sie nicht gelingen werde; aber leider, wie wir hören, ist sie bis jetzt auf das allervollständigste gelungen.

Ich glaube nicht, daß wir in irgend einer Frage ein besseres Recht hatten, einer solchen Intervention entgegenzutreten, als gerade in der hessischen. Wir hatten zunächst dies Recht, weil Hessen unzweifelhaft auch nach der eigenen Erklärung unserer Regierung der Union angehört. Nach § 80 der Verfassung vom 26. Mai v. J. hat der Reichsvorstand die Verpflichtung, den Reichsfrieden zu wahren. Bei keiner Angelegenheit kann aber der Reichsfriede ernstlicher bedroht sein, als wenn ein Staat, welcher der Union angehört, von einer feindlichen Invasion bedroht ist. Wir haben dem Bundestage alle Berechtigung abgesprochen, in Hessen einzuschreiten, und der Bundestag hat intervenirt. Wir haben auf den allerschwächsten Punkt, der uns zur Seite stand, aufmerksam gemacht, auf die Sicherung der Etappenstraßen, und selbst die Etappenstraßen werden jetzt überschritten werden. Vor allen anderen Gründen hätte aber meiner Ansicht nach ein Beruf der Regierung Sr. Majestät des Königs zu Seite stehen sollen, der Beruf, den sie seit 1½ Jahr verkündigt hat: Recht und Gesetz in Deutschland herzustellen, die alten Traditionen des Bundestages zu vertilgen, daß blos die deutschen Regierungen bei dem Gesammt-Areopag ein Recht finden können, und daß niemals ein Recht gefunden werden kann auf Seiten der Stände. Gerade in einem solchen rechtswidrigen Zustande hat der Vertreter der Regierung Sr. Majestät des Königs früher hier die größte Schattenseite des Bundestages gesucht.

Man hätte daher wohl erwarten können, daß die Regierung in einem solchen Falle einer so einseitigen willkürlichen Maßregel aufs entschiedenste entgegentreten und sich auf Seite des Rechtes und des Gesetzes stellen würde.

Die Regierung hatte auch diese Absicht, sonst würde sie nicht eine Armee in Hessen haben einrücken lassen. Die Regierung hatte aber nicht blos das Recht, sondern auch die Verpflichtung, eine jede andere Einmischung, jede Einmischung überhaupt, ehe alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft waren, aufs äußerste zu verhindern.

(Bravo!)

Was hat man bei dieser Lage der Sache gethan? Man hat die feindliche Armee nicht zurückgetrieben, man hat unsere Armee nur bis Fulda vorgeschoben. Man hat ferner das Selbstgefühl unserer Armee aufs äußerste gekränkt, indem man sie der feindlichen, einer baierschen Armee, gegenüber zurückzog.

Wir haben große Schlachten gewonnen; wir haben auch Schlachten in unserer Kriegsgeschichte aufzuweisen, wie jedes andere Volk, in welchen unsere Armee unterlegen hat, aber ein Gefecht von Bronnzell hat es in der Kriegsgeschichte noch nicht gegeben.

(Bravo!)

Man hat einen tapfern General und seine braven Truppen in die Verlegenheit gesetzt, eine militärisch nicht haltbare Stellung einzunehmen. Warum hat man sie eingenommen, wenn sie nicht haltbar war? Ich muß doch annehmen, daß man vorher von der Stärke des Feindes, von der strategischen Bedeutung einer Stellung sich überzeugen konnte, daß man wissen mußte, ob sie zu behaupten sei, oder ob man sie ohne Schwertstreich würde verlassen müssen.

Der Herr Minister-Präsident, den ich leider heute nicht auf seinem Platze sehe, hat in der Sitzung der Adreß-Kommission gesagt, man hätte diese Stellung außerdem aufgeben müssen, weil man nur ein Recht dazu hatte, die Etappenstraße zu besetzen. Ich habe der Regierung das Recht vindizirt, dort thätig einzuschreiten; wenn man aber nur ein Recht zu haben glaubte, nur so weit vorzugehen, wie hat man denn gegen dieses Recht überhaupt über die Etappenstraße hinausgehen, wie hat man diese Stellung einnehmen können, da sie selbst von der Regierung für widerrechtlich erklärt wird. Es sind überhaupt über diese Etappenstraße (ein Wort, was erst in der neuesten Zeit eine seltsame Bedeutung erlangt hat) in der Kommission die verschiedensten Erklärungen abgegeben. Späterhin hat man uns gesagt: wir hätten nicht blos die Etappenstraße im Auge gehabt, sondern noch einen anderen Grund; es wäre aber nicht gut, in diplomatischen Verhandlungen immer Alles herauszusagen. Ich glaube aber, hätte man Gründe gehabt, welche die Sympathien des Landes für sich hätten, man hätte sie wohl heraussagen können.

In einer späteren Sitzung hat man, diese Erklärungen wieder modifizirend, gesagt, wir hätten nur Rechte auf die Etappenstraßen; wenn aber eine feindliche Armee aufgestellt würde, welche größer sei, als ihr Zweck erfordere und sich daher nach allen Seiten ausdehnen könne, welche die Etappenstraße daher gefährden könne, so könne, wie das Ministerium sich in der letzten materiellen Sitzung der Adreß-Kommission erklärt hat, Preußen eine Ueberschreitnng der Etappenstraßen unter keinen Bedingungen zugeben. Das hatte der Ministerrath beschlossen. Der Vertreter der österreichischen Regierung hatte aber dem Ministerium eine 48stündige Frist gestellt; wenn innerhalb derselben nicht erklärt sei, daß Preußen Hessen räumen wolle, so sei damit der Krieg erklärt. Diese Erklärung erinnert einigermaßen an die Erklärung eines römischen Gesandten, welcher einen Kreis um den Vertreter der feindlichen Macht zog und ihm ankündigte, er habe sich bevor er aus dem Kreise heraustrete, über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Man hätte erwarten dürfen, daß ein preußisches Ministerium, dem die Ehre des Landes am Herzen liegt, auf eine solche kategorische und peremptorische Erklärung nur mit einer sofortigen Kriegserklärung antworten würde.

(Bravo!)

Statt dessen hat der Herr Minister-Präsident sich herbeigelassen zu einer Konferenz mit dem Vertreter des österreichischen Ministeriums, dem Fürsten Schwarzenberg. Er ist ihm nicht blos bis an die Grenzen des Landes, sondern, was in Fällen solcher Importanz viel bedeutet, wo man selbst die Kurialien nicht aus den Augen zu setzen hat, weil es in Oderberg an Lokalitäten gefehlt hat, bis Olmütz entgegengegangen. Meine Herren! Der Name Olmütz hat einen verhängnißvollen Klang in der preußischen Geschichte. Sie erinnern sich, daß im Jahre 1805 auch ein Vertreter unserer auswärtigen Politik, der Graf Haugwitz, in das Lager Napoleon's zu Olmütz geschickt wurde, daß er damals von Napoleon mit militairischen Ehrenbezeugungen empfangen wurde. Er ließ sich durch diese Ehrenbezeugungen bestimmen, die Erklärung, welche er in der Tasche hatte, zurückzuhalten; und die Schlacht von Austerlitz ging verloren. Auch diesmal ist ein preußischer Minister fast um dieselbe Jahreszeit nach Olmütz gereist, auch er ist mit militairischen Ehrenbezeugungen empfangen, und hat sich engagirt, über das Ultimatum hinauszugehen, was der Ministerrath beschlossen hatte. Ein preußischer Minister, der die preußische Armee hinter sich hatte, ein Apostel des Friedens!

Man hat sich in Olmütz also engagirt, daß die Etappenstraßen überschritten werden sollen. Man hat also selbst die Erhaltung des geographischen Zusammenhanges, den man für unerläßlich erachtete, aufgegeben. Man hat das Recht des hessischen Volkes auf eine verfassungsmäßige Regelung seines Zustandes aufgegeben; denn man hat zugegeben, daß zwei Kommissarien einschreiten sollten, ein österreichischer und ein preußischer, in einer Angelegenheit, die nur das Land selbst berührt.

Die Regierung hat selbst den alten Bundestag mit seiner Verfassung für erloschen erklärt. Das Einzige von den Bundespflichten, was uns demnach geblieben ist, ist: einzuschreiten, wenn Aufruhr im Lande ist.

Aber zeigen Sie mir diesen Aufruhr! Es hat nie ein gesetzlicherer Zustand geherrscht, als jetzt in Hessen; und doch wollen Sie einschreiten, vereint mit einer Macht, die gegen das Recht des hessischen Volkes, auf einseitiges Anhören des Kurfürsten, aufgetreten ist.

Sie werden Niemanden glauben machen, daß es etwas Anderes ist, ob Truppen, welche sich früher Bundestruppen nannten, jetzt blos baierische oder österreichische Truppen sind. Die Art, wie in Hessen eingeschritten worden ist, die an die Zeiten des 30jährigen Krieges erinnert, ist bekannt, und wofür dort eingeschritten werden soll, daran hat noch Niemand gezweifelt.

Es ist noch nicht genug mit diesen Erklärungen. In demselben Augenblicke, während der Minister in Olmütz ist, geht ein Mann, der einen Namen trägt, welcher durch zwei Generationen in Deutschland und Preußen einen ehrenhaften, patriotischen Klang erhalten hatte, ich muß ihn nennen, um keine Zweifel zu lassen, der Regierungsrath Niebuhr, nach Hessen — nach zuverlässigen Berichten, die ich Ihnen in beweisender Form vorzulegen im Stande bin, nach Wilhelmsbad zum Kurfürsten von Hessen, und von da zum Kasseler Stadtrath, in der Absicht, diesen zu einer Einladung des Kurfürsten nach Kassel zu bewegen, unter dem Versprechen, daß man sich den September-Verordnungen unterwerfen und wenigstens die Steuern entrichten wolle. Für diesen Fall stelle er eine Verminderung der baierischen Armee in Aussicht. Früher war schon durch einen anderen Abgesandten in Kassel erklärt, daß Preußen wegen dieser Angelegenheit sich keinesfalls mit Oesterreich brouilliren werde. Wenn diese Erklärungen abgegeben wären, so würde der Kurfürst nach Kassel zurückkehren, und es würde Aussicht sein, daß Hassenpflug dem österreichischen Einflusse entzogen würde.

Weiterhin wurde in Wilhemsbad die Oktroyirung eines Wahl-Gesetzes und die Annäherung der hessischen Verfassung an die preußische in nahe Aussicht gestellt.

Mit diesen Erklärungen ist ein Vertreter der preußischen Regierung, von dessen Existenz der Herr Minister des Aeußern, wie er uns gestern versichert hat, nichts weiß, der also hinter seinem Rücken nach Wilhelmsbad gegangen ist, in Kassel erschienen. Ich besitze die Nachricht darüber von glaubwürdigen Leuten. Ich habe den Brief selbst gesehen.

Unter diesen Umständen kann man wohl fragen: weshalb eigentlich die Mobilmachung der Armee beschlossen ist? Das ganze Land erwartete, daß schon längst mobil gemacht werde; und mit seltenem Vertrauen, dessen sich wenige Ministerien rühmen können, haben die Kammern dem Ministerium für solche Zwecke, wo die von ihm angestrebten Tendenzen von außen her gefährdet erscheinen könnten, einen Kredit von 18 Millionen bewilligt. In einem Berichte vom 7. April hat das Ministerium Se. Majestät auf die Rüstungen, die in ganz Europa im Gange seien, aufmerksam gemacht und hat daraus die Nothwendigkeit der Mobilmachung der Armee abgeleitet.

Das Gesetz vom 12. April ist zu diesem Zwecke erlassen, und es hat dem Ministerium daher weder an Geld, noch an Zeit gefehlt, sich auf die Eventualitäten vorzubereiten. Seit Mitte September haben die Baiern ostensible Rüstungen vorgenommen, sie haben diese dann im Oktober verdoppelt; österreichische Truppen sind zu gleicher Zeit zusammengezogen, und erst am 6. November, nachdem man vier Tage vorher die Mobilmachung für unnöthig erklärt hatte, ist sie endlich für nöthig befunden. Das Land will Auskunft darüber haben, wie auf so unverantwortliche Weise die Vorbereitungen zur Dispositionsstellung der Armee haben verzögert werden können.

Endlich ist die Mobilmachung eingetreten. Mit einem Eifer, wie man ihn seit 1813 nicht gesehen, sind alle Klassen des Volks zu den Fahnen geeilt unb haben die allergrößte Bereitwilligkeit an den Tag gelegt für einen Krieg, den sie für gerecht hielten, weil sie glaubten, daß er zur Wahrung der Ehre Preußens und des Rechtes der mit ihm verbündeten deutschen Staaten geführt werde.

In diesem Augenblicke aber sieht man noch immer keinen Zweck der Mobilmachung, noch die Intention des Ministeriums, je für jene Interessen eintreten zu wollen.

Die preußische Armee ist eine andere, als die irgend eines Staates von Europa; sie geht wesentlich aus dem Volke hervor. Sie werden mit dieser Armee nie einen Krieg führen, wenn ihm nach der Ansicht der Nation nicht die Ehre und die Interessen des Landes zur Seite stehen. Sie werden aber eben so wenig eine solche Armee, wenn sie die Ehre des Landes engagirt sieht und dafür ins Feld geeilt ist, leichtfertig nach Hause kommandiren können,

(Bewegung auf der Rechten.)

während Sie die Interessen und die Ehre des Landes nicht beachtet haben; Sie werden nicht so spielen können mit den Gefühlen des Volkes. Wenn wir irgend eine Errungenschaft in Preußen haben, an die wir uns mit Stolz erinnern können, so ist es der Kriegsruhm, den, Dank unsern Monarchen, unsere Armee seit Jahrhunderten erworben hat. Zeigt man uns aber, daß das Heer zurückweicht, daß die Positionen, die bereits eingenommen waren, aufgegeben werden, zeigt man uns, daß die feierlichen Erklärungen, welche gegeben sind, nicht aufrichtig gehalten werden, dann werden Sie die Erinnerung an diese Schmach nie von der Armee hinwegnehmen können.

Jedermann hat den Zweck dieses Krieges vor Augen gesehen, als österreichischer- und bundestägischerseits in Hessen eingeschritten wurde; Jedermann wußte, daß es sich darum handelte, zuerst Hessens Verfassung zu vernichten und dann den alten Zustand, wie er vor Zeiten in Deutschland geduldet war, wiederherzustellen, den Absolutismus statt des Constitutionalismus zurückzuführen. Schreiben Sie das Recht auf Ihre Fahne, so werden Sie siegen, wenn auch ganz Europa gegen Sie in Waffen steht; weichen Sie zurück und geben Sie das Recht auf, so werden Sie geschlagen werden, bevor Sie noch in die Schlacht kommen! Sie sagen, ganz Europa steht wider uns entweder schon in Waffen, oder es ist bereit, sie gegen uns zu ergreifen. Eine jede andere europäische Regierung könnte eine solche Sprache führen, aber von der Regierung eines Monarchen, welcher der Erbe Friedrichs des Großen ist, darf man eine solche Sprache nicht erwarten. Friedrich der Große hat fast ganz Europa in Waffen gegen sich gehabt; ganz Europa war ihm entgegen, als er den deutschen Fürstenbund hat ins Leben rufen wollen. Er hat sich durch keine Rücksicht leiten lassen, als daß er sagte: „Preußen darf nicht der Sklave Oesterreichs oder Rußlands sein, es muß auf eigenen Füßen stehen.“

Sie beklagen, daß Preußen keine Bundesgenossen habe; wie wollen Sie Bundesgenossen haben bei Ihrer schwankenden Politik, die heute nach rechts und morgen nach links sich neigt und immer nur auf einen günstigen Moment wartet, die sich für stark hält, ohne den Grundsatz des Starken zu beachten: „Der Starke achtet es gering, die leise Quelle zu verstopfen, wo er dem Strome mächtig wehren kann.“ Sie verstopfen nur die leisen Quellen, Sie versuchen nur hier und da, mit Ihren Noten zu flicken und zu lappen, und wenn Ihnen ein mächtiger Strom entgegentritt und Oesterreich sich gegen Sie rüstet, dann eilen Sie nach Olmütz und schließen die Bedingungen des Friedens.

Man hätte nach der früheren chevaleresken Aeußerung des Herrn Ministers, daß man Oesterreich nicht drängen wolle, so lange es in Noth sei, doppelt erwarten sollen, daß jetzt, wo Oesterreich frei ist von allen seinen früheren Feinden und uns ebenbürtig entgegentritt, daß man da, vor Allem Oesterreich gegenüber, die Interessen und die Ehre des Landes wahren würde, aber gerade in dem Augenblick, wo Oesterreich uns gerüstet gegenüber steht, schließt man Frieden mit ihm. Glauben Sie nicht, daß, wenn Sie ohne Grund in diesem Augenblick umdrehen, dies ohne Folgen im Lande vorübergehen wird. Warum ist man stolz darauf, ein Preuße zu sein und diesem Staate anzugehören? Nur aus dem Grunde, weil Jedermann in Preußen Erbe ist der glorreichen Thaten, die seit dem großen Kurfürsten auf alle Monarchen forterbten, weil ein jeder Preuße Erbe ist des Kriegsruhmes, der in hundert Schlachten erworben ist, weil Preußen stets seine Ehre darin gesucht hat, an der Spitze der Zeitbestrebungen zu stehen, weil nur dadurch ein kleiner Staat in Europa seine Stellung behaupten und eine Großmacht sein kann, weil es nur dadurch sich rechtfertigen läßt, daß wir 27 Millionen für unsere Armee ausgeben.

Wenn man aber sieht, daß ein Ehrenpunkt nach dem anderen aufgegeben wird, dann verliert Jedermann das Motiv, weshalb er stolz ist, ein Preuße zu sein. Denn Sicherheit für die persönliche Freiheit und für das Eigenthum findet man am Ende in jedem Staate, man findet sie in Rußland, man findet sie fast in der Türkei. Die Rücksicht, weshalb jeder Patriot stolz ist, diesem speziellen Staate anzugehören, verknüpft sich mit dem Ruhme, mit der Makellosigkeit der Geschichte des Landes; und wenn die Regierung je eine Aufgabe gehabt hat, so ist es die, diese Geschichte rein und makellos zu erhalten und sie so auf die Nachkommen zu überliefern. Dieser Enthusiasmus, wenn er von Außen zurückgedrängt wird, wird sich nach Innen wenden. Dann wird man fragen, weshalb man die Opfer gebracht hat, weshalb man mit Hinterlassung alles dessen, was Einem heilig und theuer ist, in den Kampf gezogen ist, weshalb der Kredit des Landes geschwächt, Gewerbe und Handels-Unternehmungen unterbrochen; warum die großen Summen für die Mobilmachung des Heeres ausgegeben sind. Wenn dann keine andere Antwort gegeben wird, als: „wir haben das Recht, mit Schwarzenberg Hessen zu unterdrücken; wir haben das Recht, mit Oesterreich in Schleswig-Holstein zu interveniren“; — wenn man auf diese Weise die Ehre des Vaterlandes angegriffen sieht: so wird das Geschwür endlich nach Innen fressen; dann wird eine dunkle Partei für ihre Einflüsterungen bei denjenigen Klassen Gehör finden, die vor Allem in ihren materiellen Interessen ihr Glück suchen. Man wird dann, wenn man alle edleren Motive hinweggenommen hat, nichts mehr besitzen, um es diesen Einflüsterungen entgegenzustellen; man wird Katastrophen im Lande erleben, welche nicht ausbleiben können, nach dem Verlaufe der menschlichen Natur. So wird denn das Land, zwischen Nichtachtung nach Außen, zwischen Verbitterung im Innern ein kümmerliches Dasein fristen, in banger Erwartung des traurigen Endes, das nicht ausbleiben kann. In solcher Lage des Staates haben wir geglaubt, nach den neuesten Erklärungen, die Se. Excellenz der Herr Minister uns gegeben hat, keinen vollständigen Ausdruck für unsere Ansichten in dem von uns eingereichten Adreß-Entwurfe zu finden. Wir hatten früher geglaubt, daß es genügen würde, in mäßiger Haltung und Form die Position anzudeuten und zu bezeichnen, für deren Festhaltung die Ehre des Landes engagirt sei. Wir haben geglaubt, erwarten zu müssen, ob die Mitglieder der Regierung, nachdem sie so viele dieser Positionen aufgegeben haben, dennoch glauben, dieselben als Ehrenmänner wieder behaupten zu können. Wir haben geglaubt, dies dem Gefühle der Herren Minister überlassen zu müssen. Nachdem nun aber die letzten Erklärungen des Herrn Ministers gegeben sind, nachdem er gesagt hat, daß bereits Engagements in Wien eingegangen sind, durch welche die Ehre unsares Landes preisgegeben ist — können wir uns in einem Momente von so entscheidender Wichtigkeit mit jener Erwartung nicht mehr genügen lassen. Wir glauben uns in eine Lage versetzt, daß unsere Verantwortung als Abgeordnete vor der Mit- und Nachwelt zentnerschwer auf uns lastet. Wir sind daher gezwungen, eine entschiedenere Sprache zu führen, wir müssen uns nach Kräften bemühen, daß die vom Ministerium gegebenen Erklärungen rückgängig gemacht werden. Sie werden mich dabei vielleicht an Aeußerungen erinnern, die ich früher auf dieser Tribüne gethan habe, daß, wenn durch solche Erklärungen für das Land Verpflichtungen eingegangen seien, diese gehalten werden müßten. Ich theile diese Ansicht auch heute noch. Aber ich glaube, daß auch diese Ansicht ihre Grenzen in der Natur der Sache finden muß. Wollte man sie in ihrem ganzen Umfange gelten lassen, so würde der mögliche Fall eintreten, daß einst ein Ministerium erscheinen könnte und sagen, wir haben uns Oesterreich gegenüber engagirt, die Provinz Schlesien ohne Schwertstreich hinzugeben. Sie werden sagen, das wäre unmöglich; aber es ist immer möglich, daß ein Mensch rechtlich sich zu so etwas verpflichtet; in solchem Falle würden wir, sage ich, das Engagement nicht halten dürfen. Meines Erachtens ist bei den Verpflichtungen, welche das Ministerium nach seinen eigenen Aeußerungen eingegangen ist, die Ehre des Landes verwirkt. Preußen kann ein solches Engagement nicht halten. Der einzige Weg, wie es vielleicht rückgängig zu machen ist, ist die Beseitigung der gegenübersitzenden Räthe der Krone, und bei dieser Sachlage, in welche wir eingetreten sind gegen unseren Willen — denn wenn wir ihnen auch schon mit geschwächtem Vrrtrauen gegenübertraten, so konnten wir doch nimmermehr glauben, daß ein preußisches Ministerium so weit gehen konnte — bei dieser Sachlage haben wir eine andere Fassung vorgeschlagen, welche ich mir die Ehre gebe, vorzulesen und demnächst in die Hände des Heren Präsidenten niederzulegen.

(S. den Vinckeschen Verbesserungs-Antrag zum Adreß-Entwurf in Nr. 337 der Breslauer Zeitung.)

Meine Herren! Ich achte jedes Gefühl, ich verkenne nicht, daß ein großer Theil der verehrten Mitglieder dieses Hauses mit Schwierigkeit, mit einer gewissen Ueberwindung an eine solche Nothwendigkeit, wie sie nach meiner Ueberzeugung hier vorliegt und wie sie von mir vorgeschlagen ist, herantreten werde. Ich verkenne nicht, daß Sie in einem solchen Augenblick zunächst daran denken werden, daß zwei Männer, die in diesem Augenblick in dem Rathe Sr. Majestät sich befinden, vor zwei Jahren durch ihre Hingebung und Aufopferung das Vaterland von der Anarchie gerettet haben. Ich habe in jenem Augenblick der Gesinnung meine Hochachtung gezollt, und thue es auch in dem jetzigen, die diese Männer in jenen verhängnißvollen Tagen Alles, was ihnen werth und theuer war, auf das Spiel setzen ließ, nur um der Rettung des Vaterlandes willen. Aber ich glaube, selbst solche Erinnerungen, meine Herren, können uns nicht über diese Bedenken hinweghelfen. Ich hätte diesen Männern gewünscht, daß das Solonische Wort sich an ihnen nicht bewähre, daß Niemand vor seinem Ende glücklich ist. Ihre späteren Thaten, wenn sie auch früher das Land vor Anarchie gerettet, ihre Nachgiebigkeit nach außen, die wie auf einer abschüssigen Ebene immer größer wurde, je länger sie dauerte, hat in diesem Augenblick das Land an den Rand des Verderbens gebracht. In solchem Augenblick schweigen alle persönlichen Rücksichten. Ueber allen persönlichen Rücksichten steht die Rücksicht auf die Ehre des Landes. Und wie, nach meiner Ueberzeugung, jedes Mitglied dieses Hauses gesonnen ist, einzig nur auf die Ehre des Landes sein Auge zu richten, so kann auch ich meine Ansicht nur in diesem einen Wunsche konzentriren: „Weg mit diesem Ministerinm.“

(Bravo von der linken und Zischen von der rechten Seite.)

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, 5. Dez. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem bei dem Appellationsgerichte und dem Kreisgerichte in Stettin als Rechtsanwalt und Notar angestellten Justizrath Böhmer bei der nachgesuchten Entlassung aus seinem Amte den Charakter als geheimer Justizrath zu verleihen; den Appellationsgerichts-Rath Schabe zu Insterburg zum Direktor des dortigen Kreisgerichts; den Obergerichts-Assessor und interimistischen Staatsanwalt Simson zu Marienwerder zum Staatsanwalt für den Bezirk des Kreisgerichts zu Marienwerder mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst; und den zum Ober-Pfarrer in Sonnenburg vocirten bisherigen Divisions-Prediger Heydenreich hierselbst zum Superintendenten der Diözese Sonnenburg zu ernennen. — Dem Lehrer Franke an dem Gymnasium zu Sagan ist das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Angekommen: Der Vice-Ober-Ceremonienmeister Freiherr von Stillfried, von Breslau. Der nordamerikanische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Barnard, von Paris.

Berlin, 5. Dezember. [Schleswig-Holstein. — Minister. — Demobilisirung.] Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird, trotz der Olmützer Besprechungen die schleswig-holsteinsche Angelegenheit ihr Ende erreichen, noch ehe österreichische und preußische Kommissarien für die Pacifikation einschreiten, und noch ehe man in die Verlegenheit kommt, zu der eventuellen, so unliebsamen Maßregel einer Absendung deutscher Expeditionstruppen seine Zuflucht zu nehmen. Die Statthalterschaft selbst scheint, um eben diesem Einschreiten vorzubeugen, geneigt, zu einer Verständigung die Hand zu bieten, und auch der König von Dänemark scheint versöhnlicheren Ansichten seit Kurzem zugethan. Wie ich eben aus einer zuverläßigen Quelle vernehme, hat die letzte Sendung des Herrn v. Schleiden Namens der Statthalterschaft nach Hannover keinen anderen Zweck, als die Vermittelung des Königs von Hannover in diesem letzten entscheidenden Augenblick für eine Aussöhnung der Herzogthümer mit ihrem Landesherrn herbeizuführen, und König Ernst August möchte in diesem Ansuchen eine weit zu erwünschte Gelegenheit finden, seinen alten Plan, sich eine imponirende Stellung in Norddeutschland zu verschaffen, als daß er dasselbe von der Hand weisen sollte. Mit einem Worte, ich höre, daß die schleswig-holsteinsche Angelegenheit auf dem Punkte steht, ohne Zuthun Preußens und Oesterreichs unmittelbar zwischen dem Könige von Dänemark und der Statthalterschaft als Organ der Herzogthümer unter Vermittelung Hannovers ausgeglichen zu werden. — Der preußische Gesandte in Petersburg, General v. Rochow, wird morgen oder spätestens übermorgen wiederum hier eintreffen, um dann den Winter über hier auf Urlaub zuzubringen. Daß man diese erneuerte Rückkehr von seinem Posten mit den Plänen einer Vervollständigung des Ministeriums und mit der Neubesetzung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten im Speciellen in Verbindung bringt, mag hier nur zunächst vorübergehend bemerkt sein. Es ist ferner, wie ich aus zuverläßiger Quelle weiß, wahr, was gestern Abends die „Neue Preuß. Zeitung“ bereits andeutungsweise berichtete, daß man mit dem geh. Justizrath v. Plötz in Unterhandlungen wegen Uebernahme des Ministeriums des Ackerbaues getreten ist, und daß diese Unterhandlungen auf dem Punkte stehen, zu einem gedeihlichen Abschluß zu führen. Herr v. Plötz gehörte zu den Führern derjenigen Partei, die allen Reformen der letzten Zeit in Beziehung auf die agrarischen Verhältnisse entgegengetreten war, wie er denn auch in der ersten Kammer auf der äußersten Rechten seinen Platz hat; seine Ernennung für den erwähnten Posten würde also eben nichts Gutes für die Zukunft erwarten lassen. — In Folge der neuesten friedlichen Aussichten soll denn doch insofern eine Demobilisirung der Armee beschlossen sein, als man die verheiratheten Landwehrmänner in ihre Heimath zu entlassen gedenkt.

[Entwurf einer Adresse an Se. Majestät den König, welche die Linke der ersten Kammer durch die Vertagung einzubringen verhindert war]:

Königliche Majestät!

Je ernster die Zeit ist, in welcher Ew. Majestät die Vertreter des Landes um Ihren Thron versammelt haben, desto stärker ergreift uns der Gedanke an die Größe der Pflicht, deren Erfüllung Ew. Majestät und das gesammte Vaterland von uns erwarten.

Wir sind mit Dankgefühl erfüllt gegen die Vorsehung, an deren Macht die frevelnde That eines Wahnsinnigen zerschellte, um des Königs theures Leben seinem Volke zu erhalten, dessen treueste Anhänglichkeit und innigste Liebe zu seinem Könige sich auch diesmal wieder herrlich geoffenbaret hat.

Ew. Majestät Regierung ist bemüht gewesen, die verfassungsmäßig vereinbarten Gesetze ins Leben zu rufen. Wir vertrauen, daß unter jenen Gesetzen insbesondere die Gemeindeordnung durch kräftiges Einwirken auf die Thätigkeit der ausführenden Behörden ihrer baldigen Durchführung näher treten wird.

Das so verbürgte unwandelbare Fortschreiten auf der Bahn des konstitutionellen Lebens und die Gewährung des kräftigsten Schutzes gegen alle demselben feindlichen Richtungen wird die staatliche Ordnung mehr befestigen und in Folge des fortschreitenden Vertrauens Handel und Gewerbe immer mehr beleben.

Der Prüfung der uns angekündigten Vorlagen werden wir unsere sorgfältige Thätigkeit zuwenden, insbesondere die Nothwendigkeit der erlassenen, vorläufigen Preßverordnung genau erwägen. Bei der Berathung eines neuen auf die Dauer berechneten Preßgesetzes werden wir den der Presse gebührenden Schutz gegen willkürliche Maßregeln und die strenge Ahndung jedes Preßunfugs gleichmäßig ins Auge fassen.

In gerechter Würdigung der Segnungen des Friedens hegt ein ebenso besonnenes als muthiges und wehrkräftiges Volk den Wunsch, daß Ew. Majestät friedliche Beziehungen zu anderen Mächten nicht unterbrochen werden mögen. Es ist sich insbesondere der inhaltschweren Bedeutung eines Kampfes wohl bewußt, der unter deutschen Bruderstämmen geführt würde.

Der Selbständigkeit, der Ehre, dem Rechte eines Volkes gegenüber ist jedoch der Friede nicht das höchste Gut. Für diese heiligen Güter fühlt Preußens Volk sich stark zum schwersten Kampfe und schaarte sich mit freudiger Begeisterung um seines Königs sieggewohntes Banner. Es steht, wie einst, auf seinen Ruf bereit, voll Gottvertrauen, hingebend, muthig, treu.

Ew. Majestät sind entschlossen, die neue Gestaltung des deutschen Bundes als die dringendste Aufgabe anzustreben. Indem wir den hierauf bezüglichen Vorlagen entgegensehen, sind wir zu der Erwartung berechtigt, daß hierbei weder ein weiterer Bund im Geiste des alten Bundestages mit legislativen Befugnissen erzielt werde, wodurch das konstitutionelle Leben der einzelnen deutschen Staaten gefährdet werden könnte, noch das Recht einer freien engeren Unirung einzelner deutscher Staaten mit parlamentarischer Vertretung irgendwie in Zweifel gestellt oder erschwert werde.

Preußens Ehre, sein Rechtsgefühl, und sein Beruf in Deutschland gestattet es nicht, das von Preußen und ganz Deutschland anerkannte gute Recht von Schleswig-Holstein niedertreten zu lassen durch deutsche Waffenmacht, und die einst helfende Hand nunmehr zu bieten, um jenen Bruderstamm zu verderben.

Unser gutes Recht und Preußens Beruf als konstitutionelle Macht in Deutschland fordert uns auf, nicht zu dulden, daß ein benachbarter deutscher Volksstamm, mit Preußens Interesse eng verbunden, durch einseitige unbefugte Einmischung in seine heiligsten Rechte, die

er besonnen und auf verfassungsmäßigem Wege zu schützen sucht, verletzt werde. Mit gerechtem Schmerze würden wir das einmal entfaltete Banner Preußens weichen sehen vor dem Hohne der anmaßlichen Bedränger.

Die Worte Ew. Majestät:

„Wir haben ein gutes Recht, das wollen wir vertheidigen!" mit Freude und Vertrauen begrüßt, — würden eine befriedigende Gewähr geben, daß die bisherige Politik der Räthe der Krone die Bahn des thatkräftigen Handelns beschritten habe, um zu schützen, was wir als Preußens gutes Recht zu bezeichnen uns gedrungen fühlten.

Allein die, wiewohl unvollständigen Eröffnungen des Staatsministeriums über das, was seit jenen königlichen Worten in Preußens äußeren Angelegenheiten geschehen ist, legen uns im Angesicht des Landes, das wir vertreten, die schwere Pflicht auf, die schmerzliche Ueberzeugung auszusprechen:

daß Ew. Majestät Regierung eine Politik befolgt, welche die Selbständigkeit, das Recht und die Ehre des Vaterlandes gefährdet.

Berlin, 3. Dezember 1850.

Baumstark. v. Ammon. v. Tepper. Kisker. Degenkolb. Lautz. v. Rönne. v. Oppen. v. Bernuth (Arnsberg.) Frech. v. Bockum-Dolffs. Karsten. Hermann. Bittrich. v. Frantzius. Schmitthenner. Böcking. Böninger. Kamp. Braun. Mallinkrodt. Herberts. Fonk. Cäsar. Winter. Camphausen. G. vom Rath. Röchling. Vagedes. H. v. Arnim. Rösler. v. Simpson. Striethorst. Bartelt. Friccius. Strohn. v. Sybel. Straß. Biercher. Bornemann. Derenthal. v. Brünneck. Grußhoff.

[Die neue Besetzung der Intendanturen] ist mit Rücksicht auf die Mobilmachung des Heeres nunmehr dahin erfolgt, daß als Vorstände der mobilen Armee-Intendanturen fungiren: Der wirkliche geheime Kriegsrath Foß, als Armee-Intendant des Garde-, sowie des II., III. u. IV. Armee-Corps und die stellvertretenden Intendanten Jordan II. beim Garde-, Weydinger beim I. Armee-Corps, Peterson beim II., ferner der geheime Kriegs-Rath Loos beim III., endlich die Militair-Intendanten Messerschmidt beim IV., Schellhase beim V., Keigel beim VI., Freiherr v. Funk brim VII. und v. Wettstein beim VIII. Armee-Korps. Als Vorstände der Provinzial-Intendanturen aber fungiren: beim Garde und III. Armeekorps der wirkliche geheime Kriegsrath und Militär-Intendant de Rège, beim I. Armee-Korps der Militair-Intendant Henke und die Intendantur-Räthe Alberty beim II., Lehmann beim IV., Grüttner beim V., Wahnschaffe beim VI., Siegfried beim VII. und Osterhausen beim VIII. Armee-Korps.

[Vermischte Nachrichten.] Hr. v. Manteuffel begab sich heute um 11 Uhr nach Potsdam. Man vermuthet, der Minister des Auswärtigen werde Sr. Maj. Vorschläge zur Ergänzung des Kabinets machen. Gegenüber den Zweifeln an unserer gestrigen Mittheilung in Betreff des Rücktrittes des Herrn v. Ladenberg wird uns heute wiederholt versichert, daß die Entlassung des Kultusministers bestimmt erfolgen werde. (C. B.)

Ueber die Vervollständigung des Ministeriums sind Beschlüsse noch nicht gefaßt, doch dürfte dies in Kürze geschehen und nicht, wie hier und dort gewünscht wird, erst gegen den Wieder-Zusammentritt der Kammern. Welcher Art diese Vervollständigung sein dürfte, dafür geben die Namen Zeugniß, die dieserhalb heute in gutunterrichteten Kreisen zirkulirten: der Minister v. Manteuffel Ministerpräsident und Auswärtiges, Präsident von Manteuffel oder Präsident v. Raumer (in Frankfurt) Inneres, Oberpräsident v. Witzleben Unterrichts-Ministerium. (N. P. Z.)

Wenn, wie wir hören, die Olmützer Beschlüsse ein weniger eifriges Betreiben der Mobilmachung zugelassen haben, so dürften in der bereits bewirkten Mobilmachung demnächst diejenigen Modifikationen eintreten, welche das Interesse des Staats erlaubt, und die Interessen der Bevölkerung wünschenswerth machen. Es dürfte das **zweite Aufgebot beurlaubt werden und vom ersten Aufgebot bis zu einer bestimmten Stärke der Theil, der dies in Rücksicht auf häusliche Lage wünschen möchte.** Es verdient hierbei nicht unerwähnt zu bleiben, daß die Mobilmachung zur Zeit **täglich an 250,000 Thaler** kostet, und die Kammern die Regierung durch die nothwendig gewordene Vertagung in die Lage gebracht haben, **diese großen außergewöhnlichen Kosten nicht auf außergewöhnlichem Wege beschaffen zu können.** Eine solche Beurlaubung kann bei unserm Wehrsystem dem Staatsinteresse nicht nachtheilig sein, selbst wenn die freien Konferenzen nicht den glücklichen Ausgang hätten, den zu hoffen man berechtigt ist, und wenn es nothwendig werden sollte, das preußische Recht im Kriege zu wahren. (N. P. Z.)

Der Minister des Handels, Hr. v. d. Heydt, hat, wie die „V. Z." mittheilt, den Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft die Mittheilung gemacht, daß er beabsichtige, am Sonntag in der Kirchzeit die Posterpeditionen schließen, keine Eisenbahnzüge abgehen zu lassen, und ähnliche Einrichtungen zu treffen, welche während der Stunden der Kirche jegliches Geschäft dieser Art suspendiren. S. E. hat die Meinung der Vertreter der Kaufmannschaft über diese Maßregel verlangt. Die Antwort ist dem Vernehmen nach dahin ausgefallen, daß, so sehr es in dem Wunsche und in der Ansicht der Befragten liege, die Heilighaltung des Sonntags in jeder Art zu unterstützen, sie doch von solchen äußern Maßregeln eine Förderung religiöser Gesinnung nicht erwarten könnten. Außerdem würden die gedachten Maßnahmen überaus hemmend und störend in allen Geschäftsverkehr eingreifen. — Zugleich ist beschlossen worden, diese Antwort sämmtlichen Handelsvorständen in Preußen mitzutheilen, damit diese erfahren, in welcher Art die hiesige Kaufmannschaft die beabsichtigte Maßregel aufgefaßt habe.

Am 3. d. Mts. kamen hier 640 Personen an und reisten 647 ab. Angekommen: der königl. großbrittanische Kapitain und Kabinets-Kourier Townley von St. Petersburg, der königl. schwedische Gesandte am königl. niederländischen Hofe v. Marsbach von Fulda, der nordamerikanische Gesandte am hiesigen Hofe, Barnard, von Paris, und der nordamerikanische Gesandtschafts-Attaché Arden von Washington. — Abgereist: der k. k. österreichische Kabinets-Kourier Thör nach Wien.

Koblenz, 2. Dez. [Militärisches.] Von Olmütz bringen uns zwar die Blätter friedlichere Aussichten, inzwischen deutet hier, was um uns vorgeht, noch Alles auf Krieg. General v. Hirschfeld geht heute mit seinem Hauptquartier, Intendantur, Feldpost ꝛc. zur Armee, und die Landwehr zweiten Aufgebots wird heute komplettirt, so daß die Bataillone, welche von derselben seither nur 400 Mann zählten, jetzt Kriegsstärke erhalten. Für die Bekleidung derselben wird Tag und Nacht mit außerordentlichen Kräften gearbeitet. Heute ist auch hier Rekrutirung, und man greift zurück bis zu den im Jahre 1825 gebornen Leuten, welche bereits schon in der Konskription waren, und nun sämmtlich noch einmal in Betreff ihrer Dienstfähigkeit visitirt werden. — Das hiesige Glacis soll morgen rasirt werden, so daß die Festung förmlich für den Belagerungszustand hergerichtet wird. — Der seitherige erste Kommandant, Oberst v. Griesheim, ist zum Chef des Generalstabs des Prinzen von Preußen ernannt worden, und vorgestern nach Kassel abgereist. — Mit dem heutigen Tage verläßt uns die letzte Feldbatterie, welche bis jetzt hier gestanden hat, eben so geht eine Pionnier-Kompagnie mit einem bedeutenden mobilen Brücken-Train ab. (D. P. A. Z.)

Koblenz, 3. Dez. [Militärisches.] Dem Vernehmen nach wird heute bereits mit dem Rasiren der Glacisflächen an unseren äußeren Forts begonnen werden. Wie versichert wird, soll die einberufene Landwehr zweiten Aufgebotes bis auf 800 Mann per Bataillon vermehrt und an deren Bekleidung unausgesetzt gearbeitet werden. (Kobl. Z.)

Deutschland.

* **Breslau**, 6. Dezember. Auch heute sind die neuesten Nachrichten aus Kassel und Frankfurt a. M. vom 4. Dezemller ausgeblieben.

Kassel, 2. Dezember. [Alles vergeblich.] Seit einigen Tagen befinden sich der kgl. preußische Generallieutenant Brese und der Flügeladjutant des Königs, Major v. Boddien, hier anwesend, dem Vernehmen nach in diplomatischen Aufträgen. Es heißt, daß man sich in Berlin lebhaft für eine Rückkehr Sr. königl. Hoheit des Kurfürsten in seine Residenz und für die verfassungsmäßige Beseitigung des gegenwärtigen widerwärtigen Zerwürfnisses interessire. Auch in Kassel finden solche Wünsche den allgemeinsten Anklang und dankbare Anerkennung. Leider ist noch keine Aussicht auf deren Erfüllung vorhanden, und insbesondere hat der beabsichtigte Einzug Sr. königl. Hoheit mit dem Ministerium Hassenpflug und „zuverlässigen" Truppen in Kassel nach allen uns darüber zugehenden Mittheilungen eine ganz andere Absicht, als man derselben in Berlin zum Theil geflissentlich beizulegen scheint. Die, wenn auch an sich unverfängliche, doch sicher ganz unnöthige Bitte um Rückkehr Sr. königl. Hoheit in eine Stadt, welche, wie sogar von dem Ministerium Hassenpflug gerühmt worden ist, in loyalster Haltung nie einen Anlaß zur Verlegung der Residenz geboten hat, — würde unter diesen Umständen bei den offenkundigen Machinationen und Auslegungen des Ministeriums Hassenpflug zu Mißverständnissen der verhängnißvollsten Art ausgebeutet werden. Der Stadtrath würde daher bei der Kundgebung seiner Wünsche — Falls eine solche erforderlich sein könnte — im wohlverstandenen Interesse des Fürsten wie des Landes sich vor solchen Mißdeutungen zu bewahren und auf die politischen Bedürfnisse des Landes, insbesondere auf die Nothwendigkeit verfassungsmäßiger Regierung hinzuweisen haben. Uebrigens ist, wie man vernimmt, bis jetzt eine Adresse solcher Art weder beim Stadtrath gewünscht, noch von demselben erlassen worden und es dürften sich somit die darüber in der Stadt verbreiteten Gerüchte erledigen. Zu einer Adresse des Ober-Appellations-Gerichts, wovon die Rede ist, würde vollends kein Grund vorliegen.

Aus Hanau und Fulda laufen fortwährend die traurigsten Nachrichten über die Aussaugung des Landes ein. Die Baiern betragen sich wie Eroberer. Die hier unglaublich befundene Nachricht, daß in Hanau jeder baierische Soldat vermöge eines Tagesbefehls berechtigt ist, Bürger, welche ihm Unfug zu treiben scheinen, mit körperlicher Strafe bis zu 50 Stockprügeln nach seinem Ermessen zu bestrafen, bestätigt sich. In welcher Weise übrigens die baierischen Soldaten auf ihre Mission vorbereitet, resp. wie sie dabei belogen worden sind, geht aus mancherlei Zügen sehr deutlich hervor. Dem O.-G.-Assessor Etienne ward, weil er sich der Gewalt gefügt hatte, bekanntlich die Exekution wieder entzogen. Einer der betreffenden Soldaten erzählte dies, gab aber als Grund an: der Herr sei als unschuldig befunden worden, und nicht mit den Freischaaren in Baden gewesen. (N. H. Z.)

** **Kassel**, 3. Dezember. [Kurhessen wird für sein Recht fallen.] Der Stadtrath hat trotz allen Bestrebungen, bis jetzt sich noch zu keiner Adresse an den Kurfürsten in dem unterbreiteten Sinne entschließen können und wird hoffentlich sich vollständig treu bleiben. Möge da kommen, was Gott will, mit Schanden wollen wir wenigstens nicht untergehen, wenn es überhaupt beschlossen ist, daß wir untergehen sollen. Wir werden fallen als **Märtyrer des Rechts** und die späteren Geschlechter werden die Früchte einer solchen Saat erndten. „Lieber sollen uns die Baiern auffessen, als, daß wir zu Kreuze kriechen, wo das volle Recht auf unserer Seite ist" haben wir von vieler Bürgern sagen hören und bei dieser Ansicht wollen wir verharren. Kurhessen wird auf der betretenen Bahn fortwandeln und auf derselben siegen oder fallen. — Da bis jetzt alle Versuche zur Erlassung einer Adresse an den Kurfürsten gescheitert waren, so hat man sich an mehrere höhere Staatsdiener gewendet, welche auch die Sache aufgenommen haben, jedoch auch nicht in dem Sinne, wie man es gewünscht hat. Von diesen ist nunmehr eine Adresse in Umlauf gesetzt worden um Unterschriften zu erlangen. Sie lautet:

„Allerdurchlauchtigster Kurfürst! Allergnädigster Kurfürst und Herr! Die ehrerbietigst unterzeichneten Diener Ew. kgl. Hoheit fühlen sich durch die Treue, mit welcher sie ihrem allergnädigsten Landesherrn zugethan und verpflichtet sind, gedrungen, folgendes allerunterthänigst vorzustellen:

Seit Anfang des vorigen Monats ist namenloses Elend über unser Vaterland hereingebrochen, kaiserlich österreichische und königl. baierische Truppen sind auf Ansuchen Ew. königl. Hoheit von der einen, königl. preußische Truppen sind von der anderen Seite in das Land eingerückt, und es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß innerhalb der Grenzen desselben, ein Kampf entbrennen werde, dessen Folgen nicht zu übersehen sind, der aber jedenfalls den Wohlstand der Unterthanen auf lange Jahre vernichten wird. Königl. Hoheit! Nach der Ueberzeugung aller wahren Vaterlandsfreunde giebt es ein Mittel, diesen verderblichen Konflikt abzuwenden, und die ehrerbietigst unterzeichneten Diener wagen, solches in der allerunterthänigsten Bitte auszusprechen:

daß Ew. königl. Hoheit in Ihre Residenzstadt zurückkehren und die Differenzen zwischen Allerhöchstihrer Regierung und der aufgelösten Ständeversammlung unter schleuniger Einberufung neuer Stände, auf verfassungsmäßigem Wege ausgleichen lassen wollen.

Die wir in der allertiefsten Ehrerbietung beharren
Ew. königl. Hoheit
allerunterthänigste, treugehorsamste und pflichtschuldigste.

Unterzeichnet ist diese Eingabe bis jetzt nur noch von den Beamten der Kollegien. — Während man uns in preußischen ministeriellen Blättern täglich vorpredigt, daß der Entwirrung unserer Verhältnisse nichts mehr im Wege stehe, so ist doch noch nach Abfassung dieser Adresse den oberen Behörden eine Verfügung des Grafen Rechberg, als Bundestags-Kommissar, durch das Ministerium zugefertigt worden, wonach namentlich die Vorstände, sowie die einzelnen Mitglieder derselben persönlich haftbar für allen Schaden erklärt werden, welcher dem Staate aus ihrer Weigerung, die Stempel zu erheben, erwächst.

Hanau, 3. Dezbr. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Nachricht mittheilen, daß die Bundesexekutionstruppen den Befehl haben, **heute auf der Straße nach Kassel vorzurücken.** Ob mit dem Korps des Generals v. d. Gröben ein Zusammenstoß erfolgen werde, hängt von den Befehlen ab, welche Letzterer von Berlin als Folge der Olmützer Konferenz erhalten haben wird. (Kass. Z.)

Fulda, 3. Dzbr. Abends 6½ Uhr. [Aus dem baierschen Lager.] Der Generalstab ist nun schon heute nach Hünfeld vorgegangen, mit ihm der Civilkommissar mit seiner ganzen Umgebung; die baierschen Truppen sind in die Wohnungen consignirt, müssen sich auf zwei Tage verproviantiren und jeder Stunde des Alarms gewärtig sein. Die Quartiermacher des österreichischen Korps an der Rhön sind ebenfalls hier eingetroffen, 4000 Mann sollen noch heute Nacht in der Stadt eintreffen; außerdem sind für 11,000 (so hoch wird angegeben) 80 Klaftern Holz requirirt, weil diese im Haungrund bivouakiren sollen. Heute war ein preußischer Staabsoffizier mit Adjutant hier; kein Mensch vermag sich diesen plötzlichen Wechsel zu erklären und Niemand weiß, wie Das enden wird, zumal heute Abend die Nachricht angelangt ist, daß auch die Preußen in ihrer alten Stellung noch stehen. (D. A. H.)

Gotha, 3. Dez. [Die Truppendurchzüge] haben seit einigen Tagen ihren ununterbrochenen Fortgang gehabt, indem fast täglich Extrazüge preußischer Bataillone nach Hessen befördert werden. Gestern kamen größere preußische Truppenmassen aus Baden hier durch. General Bonin war vor einigen Tagen hier, um mit unserm bereits wieder nach Koburg abgereisten Herzog zu konferiren. (N. Z.)

Frankfurt, 2. Dezbr. [Die Konflikte.] Heute kamen abermals drei Bataillone preuß. Infanterie auf der Main-Neckarbahn hier an, welche sofort durch Extrazüge auf der Main-Weserbahn nach Butzbach weiter befördert wurden. — Leider scheinen die mehr oder minder blutigen Militärexcesse, welche sich seit gestern vor 8 Tagen fast täglich wiederholten, noch immer kein Ende nehmen zu wollen. Ein preuß. Soldat ist an seinen gestern Abend im Straßenkampfe, bei welchem sich auch österr. Dragoner betheiligten, erhaltenen Wuuden, heute Morgen verschieden; gegen 20 Arrestanten wurden auf die Hauptwache gebracht. Und heute wieder, bei hellem Tage zwischen 3 und 4 Uhr, fand in der Fahrgasse ein Straßenkampf zwischen Baiern und Preußen statt, der ebenfalls einen sehr blutigen Ausgang nahm. — Gestern Abend demolirten in dem nahen Orte Bornheim kurhessische Husaren eine Wirthsstube und ließen auch die zunächstliegenden Häuser nicht unverschont. (F. J.)

Stuttgart, 2. Dezbr. [Der Ausschuß.] Wir haben schon vor mehreren Tagen die Mittheilung gemacht, daß in Folge der Ernennung einer Staatsschulden-Verwaltungskommission der am 6ten v. M. gewählte Ausschuß hierher berufen worden sei, um diesen Gegenstand in Erwägung zu ziehen. Wir hören nun, daß sich, mit Ausnahme Pfahlers, welcher krank sei, am 30sten v. M. sämmtliche Mitglieder des Ausschusses hier versammelt und in Betracht der Verfassungswidrigkeit jener Ernennung, nach Maßgabe der §§ 120, 187, 188, 193 der Verfassungs-Urkunde; ferner des Art. 10 des Staatsschulden-Zahlungs-Statuts vom 22. Dezbr. 1837, endlich der auf den 3½, 4 und 4½proz. Staatsschuldscheinen enthaltenen Zusicherung, „daß die Staatsschulden-Zahlungskasse, welche unter ständischer Verwaltung stehe, das Darlehen dem Inhaber zu verzinsen habe" — den einstimmigen Beschluß gefaßt haben, „gegen die Ernennung der erwähnten Staatsschulden-Verwaltungs-Kommission zu protestiren und das Ausschuß-Protokoll vom 30. v. M. der Oeffentlichkeit zu übergeben." (Würtemb. Z.)

Dem Vernehmen nach ist Herr Professor Mack, Mitglied des ständischen Ausschusses, gestern Nachmittag auf die Stadt-Direktion geladen und ihm eröffnet worden, daß er entweder der Theilnahme an Verhandlungen des Ausschusses sich zu enthalten oder die Ausweisung aus dem Stadtdirektions-Bezirk zu gewärtigen habe. Auf die hiergegen eingelegte Verwahrung des Herrn Mack wurde ihm eine Stunde später eine schriftliche Ausweisung insinuirt, gegen welche derselbe das erforderliche Rechtsmittel ergriffen haben soll. Die Herren Reyscher und Schweickhardt waren bereits wieder abgereist.

Die Beurlaubten von der Reiterei sind alle bis auf den letzten Mann einberufen. Es geht gegenwärtig eine Bewegung durch die hiesigen Truppen, die auf einen baldigen Ausmarsch derselben hindeutet. (Beob.)

Ulm, 1. Dezbr. Der preußische Oberst v. Prittwitz, seit fast neun Jahren als würtembergischer Direktor des Festungsbaues hier angestellt, ist nach Berlin zurückgerufen worden, um dort die Geschäfte der ersten Ingenieur-Inspektion zu übernehmen, welche die gegen Rußland zu liegenden Festungen in sich begreift, und somit auch die von ihm theilweise erbaute Festung Posen. (Schw. M.)

Karlsruhe, 2. Dezbr. [In der heutigen Sitzung] der zweiten Kammer übergab Staatsrath Regenauer zwei Gesetz-Entwürfe: 1) die dermalige Lage der großherzogl. Staatsfinanzen und die hierauf erforderlichen Maßregeln, und 2) die Ermächtigung der Amortisationskasse zur Aufnahme eines Anlehens von sechs Millionen Gulden betr. (Karlsr. Z.)

Mannheim, 30. Nov. [Ein Korps-Befehl] vom 29. d. M. erklärt das Armee-Korps in Baden — nachdem die Mehrzahl der Regimenter bis dahin ihre neue Bestimmung erreicht hat, während der Rest die Grenzen des Großherzogthums heimwärts alsdann überschritten haben wird — mit dem 4. Dezember d. J. vollständig aufgelöst. Der gedachte Korps-Befehl, gezeichnet vom kommandirenden General v. Schreckenstein, bemerkt dabei:

Sr. königl. Majestät, unserm erhabenen Gebieter, und dem erlauchten Prinzen, welcher als Oberfeldherr an unserer Spitze stand, darf ich mit Freuden melden: Das Armeekorps in Baden hat seine Schuldigkeit gethan, nach allen Richtungen hin, bis zum letzten Augenblick. Dem Glanze der preußischen Waffen, welche den Aufruhr schnell und siegreich niederwarfen, hat es den Nachruhm humaner Bildung, deshalb auch musterhafter Zucht und dadurch eines Beispiels hinzugefügt, auf welchem sich die Hauptpfeiler der Ordnung im tieferschüttert gewesenen Lande neu erbaut haben und weiter bauen werden. Dieses erhebende Bewußtsein geleite Jeden, und wo und wie irgend wer vom Armeekorps wieder mit mir, seinem alten Führer, zusammentreffen möge, da sei er überzeugt, in mir einen in anerkennender Erinnerung treuen Kameraden wieder zu finden. (Karlsr. Ztg.)

Dresden, 4. Dez. [Die zweite Kammer] fuhr heute zuvörderst mit der Berathung der Pos. 2—5 des außerordentlichen Staatsbudgets fort. Die Kammer ging nach Erledigung dieser Punkte zur Berathung von Abtheilung 3 des ordentlichen Staatsbudgets über, welche die Beiträge zu den Kosten der deutschen Centralgewalt betrifft. — Man verwilligte in dieser Beziehung 1) 41,199 Rthlr. matrikularmäßigen Beitrag zum Bau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt, jedoch unter der Bedingung, daß der Bau wieder ernsthaft in Angriff genommen und auch von den übrigen Regierungen die schuldige Zahlung geleistet werde. 2) 8000 Rthl. dergl. zu Dotationen der Bundesfestungen Mainz und Luxemburg. 3) 12,584 Rthl. Beitrag zur Verpflegung der aufgestellt gewesenen Reichstruppen und 4) 10,000 Rthl. zur Unterhaltung der deutschen Central-Organe (auf 3 Jahre nämlich). Von letzterer Post sind bereits 12,207 Rthl. an Diäten für die Reichstagsabgeordneten verausgabt. Außerdem wurde hierbei der Antrag angenommen;

„die hohe Staatsregierung möge bei Mitwirkung zur Schaffung einer kräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Centralgewalt für gleichzeitige Herstellung einer zweckmäßigen allgemeinen Vertretung des deutschen Volkes Sorge tragen."

Hierbei gab Hr. Staatsminister v. Beust folgende wichtige Erklärung:

Die Regierung sei der Zusagen eingedenk, welche in Bezug auf die deutsche Frage ertheilt worden, und es sei ihre Absicht, bei den bevorstehenden Dresdener Konferenzen in Betreff der Revision der Bundesverfassung in diesem Sinne zu wirken. Es seien aber in dem Antrage die Worte: Vertretung des Volkes, welche vielleicht eine Erklärung bedürften. Wenn er die Absicht der Deputation richtig verstanden habe, so sei unter der beantragten: „allgemeinen Vertretung des deutschen Volkes" nicht eine Einrichtung zu verstehen, der zufolge durch Wahlen, welche unmittelbar in den deutschen Ländern vorgenommen werden, eine National-Versammlung auf dieselbe Weise berufen werde, wie dies 1848 geschehen sei. Einer solchen etwa von der Deputation gehabten Ansicht „entschiedenen Widerspruch entgegenzustellen, würde die Regierung für ihren Beruf halten." Die Erfahrungen des 1848 gemachten Versuchs sprächen so laut, daß wohl im Allgemeinen vorauszusehen sei, daß man einen zweiten solchen Versuch nicht werde wünschen wollen. Seine Bemerkungen seien durchaus nicht gegen die Personen gerichtet, sondern gegen die Natur des Instituts, denn eine solche Versammlung werde immer wieder in eine Richtung gestoßen werden, welche ihre Mitglieder ursprünglich vielleicht selbst nicht verfolgt hätten. Auch 1848 seien Männer von der konservativsten Gesinnung in die Nationalversammlung getreten, sie hätte sich aber unwillkürlich in ein ideales Deutschland hineingeträumt, und je deutlicher die Zeichen am politischen Horizont dafür gesprochen, daß das wirkliche Deutschland ein ganz anderes sei, als es die Nationalversammlung für möglich gehalten: um so eifriger habe man sich bestrebt, jenes Ideal durchzuführen, und so seien denn diese Männer in das Prinzip der Volkssouveränetät verfallen. Zuletzt seien denn nun Ideale und Wirklichkeit zusammengestoßen, und bei diesem Zusammenstoß sei viel Blut und viele Thränen geflossen. Sachsen habe dies am allermeisten zu beklagen und er sei versichert, daß diese Erfahrungen für uns nicht verloren sein würden. Die sächsische Regierung sei daher der Ansicht, daß eine Volksvertretung beim Bunde nur in der Gestalt einer Vertretung der Kammern bei der Bundesgewalt möglich und ohne Erschütterungen ausführbar sei. Aber eine solche Vertretung sei nicht blos möglich, sondern nothwendig, um die deutschen Verhältnisse „in einen gesicherten, geordneten und harmonischen Zustand zu bringen." Das beruhe nämlich darauf, daß Deutschland nicht zu einem Bundesstaate gemacht werden könne, sondern ein Staatenbund bleiben müsse, und das werde jetzt wohl allgemein anerkannt werden müssen. Die Umgestaltung Deutschlands zu einem Bundesstaate sei vollständig gescheitert und sollte der Versuch wiederholt werden, **einen Theil von Deutschland in einen Bundesstaat umzugestalten,** so werde die sächsische Regierung auch ferner dagegen **mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sich wehren,** weil eine solche Schöpfung zu nichts weiter führen könne, als entweder Deutschland in zwei oder drei Theile zu zerspalten, oder einen solchen Zustand der gegenseitigen Bekämpfung und Anfeindung herbeizuführen, wie wir ihn seit zwei Jahren in Deutschland gesehen hätten. Gerade aber deswegen, weil der Staatenbund nothwendig sei, sei auch eine angemessene Vertretung der Kammern bei der Bundesregierung nothwendig, weil in einem Staatenbunde die Bundesgewalt Ausfluß der einzelnen Staaten sein müsse, und es daher in hohem Grade nothwendig erscheine, daß zwischen ihr und den einzelnen Verfassungen Einklang herrsche, damit Sicherheit, Ordnung und Vertrauen im Ganzen wieder Platz greife.

So sprach am heutigem Tag derselbe Minister, der 1849 die (vom Märzministerium beanstandeten) Grundrechte gab, und noch zu Anfang dieses Jahres mit Stolz darauf hinwies, als v. Carlowitz ihm vorwarf, daß er kein deutsches Herz habe; so sprach der Mitbegründer der deutschen Drei-Königverfassung vom 26. Mai, so sprach der Verfasser der königl. Provoklamation vom 30. Mai 1849. (N. Dresd. J.)

Hannover, 5. Dezbr. [Verschiedenes.] Wir vernehmen, daß das Ministerium sich über die Wahl des hannoverschen Abgesandten zu den freien Konferenzen noch nicht entschieden, so viel aber schon beschlossen hat, daß Hr. Detmold den Auftrag nicht erhalten soll. — Graf Kielmansegge wird von seiner Mission nach Wien zurückerwartet. Graf Bennigsen will auf einige Zeit nach Paris gehen. (Hamb. Bl.)

Oesterreich.

** **Wien**, 4. Dezember. [Tagesbericht.] **Die österreichische Regierung erließ an die thüringischen Ministerien die Aufforderung, die wegen politischer Vergehen aus den kaiserlichen Staaten entweichenden österreichischen Unterthanen an das requirirende österreichische Gericht auszuliefern.** — Gestern ist Graf Schaffgotsch, k. preuß. Gesandter, nach Florenz abgereist. — Der F. M. L. Graf Grünne erhielt den weißen Adler-Orden vom Kaiser von Rußland. — Der wichtige Posten eines Stadthauptmanns der Residenz ist dem ehemaligen Ministerialbeamten Herrn Weiß v. Starkenfels, kürzlich in Siebenbürgen verwendet, verliehen worden. — Zu den Dresdener Konferenzen soll Unterstaatssekretär Werner, der Referent der Staatskanzlei in deutschen Angelegenheiten, entsendet werden. — **Man glaubt, daß morgen schon ein Erlaß erscheinen werde, wonach die neu ausgeschriebene Rekrutirung wiederrufen werde!!** — Die Börse wird jetzt beinah täglich vom Statthalter oder vom Stadthauptmann besucht, die sich persönlich von der Handhabung der gegen die Agiotage mit Scheidemünzen erlassenen Verordnungen überzeugen wollen. — Gestern wurden einige Börsespekulanten eingezogen, welche Berathungen hielten wegen Ermittelung eines anderen Zusammenkunftortes für die nunmehr gesperrte Winkelbörse. — Man verfährt überhaupt mit sehr großer Energie und Strenge. In den Wohnungen der wegen Ankaufes von Scheidemünze verdächtigen zwei Israeliten wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei man eine erhebliche Menge von Scheidemünze vorfand. Ebenso wurde ein Hutmachergeselle angehalten, weil er auf verdächtige Weise 35 preuß. Thaler um hohes Agio verkaufen wollte. — Ein Telegraphist hat den Plan entworfen, um die Stadt und Vorstädte nach allen Straßenrichtungen durch telegraphische Drähte zu verbinden, mittelst welchen gegen geringes Honorar Jedermann korrespondiren könnte, da in jeder Vorstadt 4 — 5 telegraphische Bureaus aufgestellt würden.

(Wiener Börse, 4. Dezbr.) Die Börse kann sich von den Schlägen nicht erholen; es giebt keine Käufer und keine Verkäufer und nur Aufträge von auswärts werden effektuirt, oder die frühern Verbindlichkeiten abgewickelt. Lloyd meldet: stilles Geschäft; — Austria berichtet: stilles Geschäft. — Die Tendenz zur Besserung aller Course ist vorhanden, da die friedlichen Gerüchte sich mehren; aber da der Verkehr gehemmt und beschränkt wurde, kann die Tendenz nur in Bruchtheilen sich offenbaren. Bankaktien 1140—1145; 5proc. 94, 4½ 82⅛, Nordbahn 114¾: — London 12, 28, Augsburg 128, Gold 132½, Silber 26.

Das gewöhnlich gut unterrichtete „Const. Bl. a. B." sagt über die Olmützer Konferenzen: „Bei dem gemeinschaftlichen Mahl, das zum Schlusse der letzten Konferenz gehalten wurde, sollen Toaste ausgebracht worden sein, Fürst Schwarzenberg den Minister Manteuffel mit der freundlichsten Courtoisie beim Wegfahren bis ans Thor der erzbischöflichen Residenz, wo die Herren wohnten und konferirten, das Geleite gegeben haben. Man kennt wohl die unerschütterliche Artigkeit der Diplomaten, die sich auch gleich bleibt, wenn in jedem Worte ein Regiment, in jedem Buchstaben eine Kanone steckt, aber Toaste bringt man doch wohl nicht aus, wenn man morgen seine Heere in den blutigen Kampf gegeneinander schickt. Es soll das Resultat der Konferenz kein anderes sein, als die **Bildung einer neuen innigen Allianz zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland.** Für was und wen und gegen was und wen? — darüber mögen sich die Leser selbst ihre Conjekturen bilden.

Die Neue Münchener Zeitung enthält einen, wie es scheint, halboffiziellen Bericht über die Olmützer Konferenz, aus welchem wir Folgendes mittheilen: „Wie wir vernehmen, wendete sich bei denselben die Aufmerksamkeit zuerst, und wie es die Natur der Sache mit sich brachte, den dringlichsten Fragen zu. Die Frage der gegenseitigen Entwaffnung nahm den ersten Platz ein. Die holsteinische Frage und die kurhessische wurden dann in Betracht genommen. Und in der That vereinigte man sich, wie wir hören, über gewisse urkundlich festgestellte Stipulationen in allen drei Punkten. **Demnach würde man von beiden Seiten noch vor Beginn der freien Konferenzen für Regelung der deutschen Verfassungsfrage entwaffnen, und Preußen hätte auch in Bezug der beiden andern Fragen bestimmte Verbindlichkeiten übernommen.**"

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

Man hört vielfach von einem Protest reden, den Baiern gegen die in Olmütz getroffenen Verabredungen erheben will. Es sieht prinzipaliter in den freien Konferenzen selbst, eventualiter in der Sistirung des Bundestags während der freien Konferenzen einen Angriff auf die Bundesverträge. Man hat sich baierischer Seits mit der würtembergischen Regierung hierüber in Vernehmen gesetzt; von Hannover und Sachsen glaubt man sich keiner Beistimmung versehen zu können. Baiern soll unverhohlen die Absicht aussprechen, Rußland und Frankreich zum Schutze seines Rechts und der Verträge (?) anzurufen. (C. B.)

Von der böhmischen Grenze wird nichts Neues gemeldet. Trautenau, Arnau und Hohenelbe in Böhmen sind von dem Regimente „Roßbach" besetzt und von Friedland und Reichenberg aus sind Detachements bis auf ¾ Stunden von der Grenze des Hirschberger Kreises (Neuwelt und Rochlitz bei Schreiberhau) vorgerückt. (C. C.)

Frankreich.

× **Paris,** 3. Dezember. [Tagesbericht.] Man glaubt heute allgemein an den Frieden in Deutschland, und das Gerücht, die Regierung werde ihren Antrag auf die Kreditbewilligung für die Aushebung der 40,000 Mann zurückziehen, ist nicht unbegründet. Die Nachricht soll von Hrn. Rémusat selbst herrühren.

Man erfährt nachträglich, warum die Herren Thiers, Broglie und ihre politischen Freunde für die Vertagung der Proposition auf Zurückberufung der exilirten Fürsten agitirt haben. Die Ursache ist ganz einfach die, weil die Proposition keine Chancen auf Erfolg hatte und jene Männer eine irritante Debatte vermeiden wollten, die weiter nichts als Zwiespalt in die Fraktionen der Ordnungspartei gebracht hätte. — Die Taktik der Montagnards war bekannt. Man wußte, daß sie nur eine heftige Debatte wollten, und im Augenblick der Abstimmung gegen die Proposition votirt hätten, der also höchstens 200 bis 220 Stimmen zugefallen wären, da die legitimistische Partei sich offen dagegen erklärt hatte.

Der „Toskanische Moniteur" enthält die Meldung, daß der toskanische Minister des Auswärtigen, Herzog von Carigliano, und der österreichische Bevollmächtigte, Baron v. Hügel den Vertrag zur Bildung einer österreichisch-italienischen Liga, so wie einen Spezial-Vertrag über den Beitritt Toscana's zu dieser Liga, in Florenz unterzeichnet hätten.

Großbritannien.

London, 2. Dezbr. [Kardinal Wiseman] ließ gestern in allen katholischen Bethäusern und Kirchen Londons ein Dokument verlesen, worin er der katholischen Christenheit Großbritanniens ein Kirchen-Jubiläum vom 8. bis zum 22. d. gewährt. Das Dokument war unterzeichnet: Nicolas, durch die göttliche Gnade der römischen Kirche, mit dem Titel St. Pudentiana Kardinal, Erzbischof von Westminster und apostolischer Administrator der Diözese von Southwark. Der Kardinal selbst hatte verboten, irgend Jemandem eine Abschrift dieses Dokumentes zu geben, und so theilen die heutigen Blätter blos Auszüge aus demselben mit, welche nichts Wesentliches enthalten, indem es blos eine Ansprache, wie sie bei der Gewährung eines Jubiläums üblich ist, formulirt.

Der Gesandte der französischen Republik ist am Freitag wieder nach längerer Abwesenheit in London angekommen. Die Times bemerken, daß politische Rücksichten die Rückkunft des Hrn. Drouyn de Lhuys beschleunigt haben.

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau,** 6. Dezbr. [Neuwahl.] Der Kreisgerichts-Direktor Wachler hierselbst hatte die Neuwahl eines Abgeordneten zur ersten Kammer für den ersten Wahlkreis des Liegnitzer Regierungs-Bezirks in Gemäßheit des Art. 78 der Verfassungs-Urkunde beantragt, weil derselbe bei der definitiven Ernennung zum Kreisgerichts-Direktor in ein Amt eingetreten, mit welchem ein höheres Gehalt verbunden ist. Diese Neuwahl hat am 4. d. Mts. zu Schönau stattgefunden und es ist dabei der Kreisgerichts-Direktor Wachler hierselbst von 16 anwesenden Wahlmännern einhellig zum Abgeordneten wieder gewählt worden.

† **Breslau,** 6. Dezbr. [Polizeiliche Nachrichten.] In dem Zeitraume vom 3. Nov. bis incl. 30. desselben Monats sind 294 Individuen (excl. des Bestandes vom 2. Novbr. von 64 Personen) polizeilich verhaftet worden, und zwar:

wegen Diebstahl, Diebstahls-Verdacht, Diebeshehlerei und Ankauf gestohlenen Guts	31 männl.	15 weibl.
wegen Betrug	2 "	4 "
wegen Widersetzlichkeit gegen Abgeordnete der Obrigkeit	8 "	5 "
wegen körperlicher Verletzung anderer Personen	1 "	1 "
wegen Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung	11 "	2 "
wegen quartierlosem resp. verdächtigen Herumtreiben zur Nachtzeit	34 "	46 "
wegen rückfälligem quartierlosen Herumtreiben und lüderlichem Lebenswandel	33 "	66 "
wegen boshafter Beschädigung fremden Eigenthums	— "	1 "
wegen erstem und rückfälligen Betteln	26 "	8 "
In Summa	146 männl.	148 weibl.
Dagegen sind auf freien Fuß gestellt	59 männl.	60 weibl.
mit Paß entlassen	28 "	22 "
transportirt	11 "	1 "
an verschiedene Behörden abgeliefert	66 "	78 "
gestorben	1 "	— "
In Summa	165 männl.	161 weibl.

Breslau, 6. Dez. [Der Bravste vom 6. Bataillon.] Unter dieser Aufschrift bringt die Norddeutsche freie Presse folgenden Aufsatz:

Der Bravste? — Unter den braven Stürmern vor Friedrichsstadt der Bravste? — Wer ist wohl der und was hat er gethan, um auf diesen Namen Anspruch machen zu können? — Hört und urtheilt, ob er es verdient so genannt zu werden. — Ich übergehe die Stunden der unheimlichen Ruhe am Dragerteiche, als unsere festgeschlossenen Kolonnen in gezwungener Unthätigkeit die todtbringenden Geschosse über ihre Häupter hinrollen ließen, sich nur aus dem zusammengekauerten Klumpen hin und wieder erhoben, um einem getroffenen Kameraden Hülfe zu leisten und mit Ungeduld den Moment erwarteten, in welchem das brennende Friedrichsstadt das Zeichen zum Angriffe geben und ihnen vorleuchten würde auf dem blutigen Pfade des Sturmes. Ich übergehe den Augenblick, in welchem das grauenvolle Stöhnen der Trompeten und Hörner, das dumpfe Wirbeln der Trommeln unsere Schritte zur Eile rief, und wir jeden Fuß Erde mit dem Blute unserer Gefährten getränkt sahen und endlich bei dieser ihrer schauerlichen Grabesmusik mit einem halbwahnwitzigen Hurrah hinter den Pallisaden an der Schanze anlangten, um nun Aug' um Auge, Zahn um Zahn dem Feinde sein Bollwerk streitig zu machen.

Nur einen, einen mir unvergeßlichen Moment will ich hervorheben.

Schon hatte jedes Haupt, welches die Kühnheit gehabt, Blicke in die feindliche Deckung werfen zu wollen, es gebüßt in einer Weise, daß der Mund nicht mehr verrathen konnte, was das Auge gesehen; bereits hatte mich die Hoffnung verlassen, daß die Ströme vergossenen Blutes doch wenigstens den theuren Sieg erkauften, schon hatte sich mir die traurige Ueberzeugung aufgezwungen, daß die Schanze zu überklettern unmöglich sei, ohne sich dem gewissen und sogar nutzlosen Tode preiszugeben, da hörte ich die letzten Versuche unserer noch lebenden Offiziere, Einige zu bewegen, durch Selbstaufopfeeung den Anderen den Weg zu bahnen, und selbst schaudernd sah ich Jeden zaudern, sich, selbst wenn der Kugelregen sein Ziel verfehlte durch einen Sprung in die uns dichtentgegenstarrenden Bajonnete den sichern Tod zu geben, ohne wie ein Arnulf v. Winkelried die Hoffnung zu haben, dadurch seinen Mitkämpfern einen Vortheil zu erringen, — da sah ich durch den dichten Haufen sich eine Gestalt nach vorne drängen, sah sie den todtbringenden Rand mit Füßen treten, den noch keiner von uns mit den Schultern ungestraft überragt hatte, und hörte die Worte: „Ich gehe hinüber Kameraden! wer geht mit?!" Und ich erkannte meinen Helden, wie er in grauenhaft schöner Beleuchtung kühn und frei auf dem dunkeln Erdkolosse vor mir in dem Feuermeere dastand, und seine deutsche Kugel dem Feinde entgegensandte. Doch nur einen Augenblick sah ich ihn, denn noch schwebten mir die Worte auf den Lippen, welche ich ihm zurufen wollte, als er schon von 4 Kugeln getroffen niedersank.

Und jetzt frage ich Dich, mein Bataillon, frage Dich, Welt, der ich diese kleine Scene mittheile, war Robert Henne der Bravste des 6. Bataillons oder nicht?

Und ich sah meinen heldenmüthigen Freund wieder, sah ihn auf seinem Schmerzenslager, an beiden Armen verstümmelt wieder, sah ihn vergessen von seinen Mitmenschen in Fieberträumen hinschmachten, sah den Krüppel für sein Leben dem Elende preisgegeben, unfähig sein Leben zu verdienen, unfähig selbst Almosen hinzunehmen, unfähig selbst dem leidenvollen Leben ein Ende zu machen.

Da gelobte ich mir, wenn Generäle Dich vergessen, will ich Dich nicht vergessen, wenn Dich gleich kein Ehrenzeichen schmückt, so will ich doch der Welt so lange zurufen: „Robert Henne war der bravste Mann vor Friedrichsstadt", bis daß der Name Friedrichsstadt nie wieder ohne Deinen Namen genannt wird, bis ich Dir Arme gefunden habe, die für Dich, mein Robert! arbeiten, die Dich pflegen, ohne daß Du Invalidenhaus und Gnadenbrot zu beanspruchen brauchst. Und Deutschland wird wohl den Helden als Krüppel nicht weniger zu ehren wissen, als es seine Todten ehrt.

Und nun leb wohl indessen, mein braver Kamerad, bis zu dem Moment, wo mein Dienst mir wieder gestattet, Dich zu sehen, und nimm bis dahin dies kleine Zeichen der Erinnerung

von Deinem Waffenbruder.

Eine spätere Nummer derselben Zeitung fügt noch folgende Mittheilungen hinzu:

Robert Henne.

Tief ergriffen von dem Artikel

„Der Bravste vom 6. Bataillon"

nehme ich die Feder zur Hand, um über einen alten lieben Freund und Kameraden auch noch einige Worte zu sagen. Mögen sie dazu dienen, ihm ein möglicherweise trauriges Loos wenigstens in einer Hinsicht zu erleichtern.

Robert Henne, geboren in Breslau, Buchbinder von Profession, arbeitete später mehrere Jahre als Geselle in Kiel und war ein thätiges, eifriges Mitglied des dortigen Arbeiter- und Turnervereins. Als früherer preußischer Soldat übernahm er 1848 im Februar bereits die Leitung der militärischen Uebungen des Turnvereins, und ward, als derselbe am 24. März zugleich mit den Studenten ein Korps ins Feld sandte, zum Hauptmann des Turnerkorps erwählt. Sein Unterkommandeur war Hamel (gefallen bei Kolding 20. April 1849). Henne führte sein Korps in dem unglücklichen Bau-Flensburger Gefechte mit der größten Bravheit und zur größten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten und Untergebenen, bis er schwer verwundet, durch den Hals geschossen, den Dänen in die Hände fiel. Nach der Auswechselung trat er als Unteroffizier ins 6. Bataillon ein und verdiente sich wiederholt bei Kolding und Friedericia Lob und Anerkennung, bis der Sturm auf Friedrichsstadt ihn zum Krüppel machte. **Es fehlt ihm der linke Unterarm, der Zeigefinger der rechten Hand, und zwei andere Kugeln haben den rechten Unter- und Oberarm getroffen.** — Hamel, der vorher in Kiel als Steindruckergehilfe arbeitete, wurde nach der Affaire bei Bau als Offizier eingestellt und war ein braver Offizier bis an sein Ende. Henne aber konnte nicht Offizier werden; lassen wir es dahingestellt, ob ihm nach dem Vater Bonin'schen Prinzip die Secundanerbildung fehlte, oder ob man keinen „Gesellen" zum Offizier avanciren lassen wollte. Kurzum, er avancirte nicht! —

Jetzt, im Lazarethe, verkrüppelt ist doch noch das Einzigste, was ihn froh der Zukunft entgegen sehen läßt, was sein dunkles Auge funkeln macht, der Gedanke: **ich werde doch mit meiner Rechten noch den Degen führen können, wenn auch nicht mehr die Muskete!**

Henne hat den Degen, den Offiziers-Degen, verdient! Man gebe ihm denselben, dann — ist der Schluß dieser Zeilen überflüssig, und das gebe Gott! — Aber es kann auch das Gegentheil schon allein durch den Körperzustand Henne's bedingt sein; dann bekommt er so viel Pension vom Staate Schleswig-Holstein, um sein Leben zu fristen; doch seine alte Mutter, deren Stütze er war? —

Deshalb die Bitte, Ihr Landsleute und Freunde unserer Sache, sorgt dafür, daß unserm „Bravsten vom 6. Bataillon" eine sorgenlose Zukunft werde. Er ist ein geschäftsgewandter Mann und würde leicht, wenn ihm ein kleines Geschäft gegründet wird, sich so darin hineinarbeiten, daß es ihm eine sichere und gute Existenz bietet. *)

Breslau, 3. Dezbr. [Evangelischer Verein.] Vorsitzender: Weingärtner. — Propst Krause, durch den Fragekasten zum Druck einer seiner Predigten aufgefordert, antwortet ablehnend. Der Wunsch, einen Vortrag Döring's gedruckt zu sehen, findet im Verein keine Zustimmung; abgesehen vom Kostenpunkt könnte der Verein nur Solches druckweise veröffentlichen, womit er sich durchgängig in Uebereinstimmung weiß. Den durch eine Frage berührten Ausdruck „Gottes Wort" wird Krause nächstens in einem Vortrage besprechen. Eine Rüge wider die Förderung der Unsittlichkeit durch Gewährenlassen derselben wendet sich besonders gegen diejenigen Hauswirthe, welche unmoralische Personen bei sich aufnehmen. Krause erkennt es dankbar an, daß dieser Flecken, obwohl in gemischter Versammlung schwierig zu besprechen, angeregt worden. Schrecklich sei das Umsichgreifen der „wilden" Ehen ꝛc. und all des Elends in ihrem Gefolge: jetzt, beim Landwehraufgebot, sei diese Wunde einmal aufgebrochen: schaarenweis wollte man im letzten Augenblicke — zu spät! — getraut sein; des Gewissens halber? nein, um der öffentlichen Versorgung theilhaft zu werden! Ein kräftiges organisirtes Gemeindeleben mit seinem moralischen und disciplinaren Einfluß, mit seiner Unterstützung der seelsorgerischen Thätigkeit durch Gemeindeglieder werde segensreiche Frucht bringen; aber in seinem Kreise mit seinen Mitteln zu wirken müsse Jeder bemüht sein; so auch der Hauswirth, so namentlich die Glieder unseres Vereins. Böhmer spricht für die im Geiste der Liebe geübte Disciplin der reformirten Kirche, ferner für das Zusammenschließen engerer Gemeinschaften nach Spenerschem Vorbilde. — Ueber die Frage: „muß immer Streit sein?" spricht Weingärtner: Streit um unnütze Dinge und in gehässiger Weise verdient Tadel, Streit gegen das Ungöttliche, Unwahre und Sündliche ist Pflicht; Streit um verschiedene Ansichten, im Streben nach Wahrheit und in Liebe geführt, ist heilsam. Nur ihn pflegt unser Verein. Oelsner erkennt im Streit das Mittel, die Wahrheit, die nur theilweis im Besitz der Einzelnen ist, immer vollkommener herauszustellen. Falsch aber ist es, im Gegner nicht nur den auch ihm zufallenden Antheil an der Wahrheit zu leugnen, sondern um seines Irrthums willen ihn selbst seiner ganzen Persönlichkeit nach zu schmähen; falsch ist es, die Person mit der Sache zu verwechseln und ein Kämpfen um diese für eine Anfeindung der Personen zu halten. Solche Verkennung ist nämlich ein Hauptübel unserer Zeit. Böhmer sieht Frieden nur möglich im Stande der Vollkommenheit, auf welchen das apostolische Zeitalter hindeutet; so lange wir nach diesem Stande ringen, wird Streit sein. Krause thut dar, wie Streiten ist gleich Leben, in der Natur wie im Geiste. Streit mit dem Zweifel ist der einzige Weg, im Glauben fest zu werden. Nagel verweist auf die Offenb. Joh., wo der Kampf selbst im Himmel geschildert, und der Epheserbrief, wo er geradezu geboten ist. Der Vorf. bezieht diese Stellen auf den Kampf im Menschen. — Ueber den Kirchenbesuch der Schulkinder sprechen Kletke, Böhmer, Krause und der Vorsitzende. Es stellt sich heraus, daß zwangmäßiger allsonntäglicher Kirchenbesuch der Schüler in volkreichen Orten unausführbar (Breslau zählt z. B. 15,000 Elementarschulkinder); daß er überhaupt, als Zwang, Widerwille, Gleichgültigkeit, Gedankenlosigkeit im Gefolge haben werde; daß aber gemeinsamer Kirchenbesuch der Familie, Besprechung der gehörten Predigt ꝛc. in der Familie wohlthätig wirken. Die Familie muß selbst zur Kirche werden, woran Böhmer den vorreformatischen Gedanken knüpft, daß die Reformation von den Kindern anfangen müsse. Nagel empfielt aus seiner Amtserfahrung freiwilligen umwechselnden Kirchenbesuch für die Schulen und nachträgliche Erläuterung in der Kinderlehre. — Vier Fragen betreffen das Verhältniß zwischen menschlicher Freiheit, geschichtlicher Nothwendigkeit, Freiheit und Allwissenheit Gottes. Kletke erörtert das Wesen von Freiheit und Nothwendigkeit in Bezug auf Gott, Mensch, Natur, Geschichte und Geistesentwickelung. Gottes Allwissenheit ist nicht in Streit mit menschlicher Freiheit; Gott kennt alle Entwickelung, ohne auf sie beschränkend einzuwirken. Böhmer erklärt den Gegensatz als durch die Vernunft überwunden, nach welcher Freiheit die höchste gesetzliche Nothwendigkeit ist. Bestimmendes Einwirken Gottes auf den Menschen würde die ganze sittliche Weltordnung vernichten. Wunder seien möglich, weil Gott nicht gebunden sei an die Nothwendigkeit der Natur. Weingärtner bemerkt hierzu, daß, was für Menschen Wunder sei, dies nicht auch für Gott sei. — Gröger beleuchtet einen Brief, welcher seinen Vortrag über den Protestantismus kritisirt. — Die Tagesordnung ist bei weitem noch nicht erledigt; die Zeit gebietet Schluß. Th. O.

*) Die Expedition der Bresl. Zeitung ist gern bereit, Gaben in Empfang zu nehmen und sie der hier lebenden Mutter des „Bravsten vom 6. Bataillon" zu überreichen.

Breslau, 5. Dezember. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung vom 4. d. M. Vorlesung und Genehmigung des letzten Sitzungs-Protokolls. Tagesordnung: 1) Mittheilungen. 2) Winke für Auswanderer. 3) Fragekasten. 4) Auswanderungs-Geographie.

1) Ein Brief eines deutschen Arztes gab ein Beispiel davon, was aus einem Menschen werden könne. Dieser Arzt war in Amerika erst Farmer, dann Hauslehrer, dann Leichen-Kommissarius, dann Musiklehrer und nebenbei Organist, in welcher Stellung er auch auf ärztliche Praxis hofft. — Gerber haben in den östlichen Staaten ¾ bis 1 Dollar täglich Lohn, und wenn sie tüchtige Pfalzer sind, 1½ Dollar. Eine eigene Gerberei anzulegen, erfordert nur ein mäßiges Kapital, da das Leder rasch zubereitet und nicht so lange in den Gruben gelassen wird, als in Deutschland. — Unter allen Obstsorten wird in Nord-Amerika die Pfirsiche am meisten gepflegt. Der Staat New-Yersey hat von dieser Frucht zwischen dem 22. August bis 12. Oktober allein fast 1½ Mill. Bushel auf den Markt von New-York gebracht. Der Bushel zu 50 Cent berechnet, hatten die Farmer jenes Staates einen Erlös von fast 700,000 Doll. — Oestlich vom Felsengebirge leben in den Vereinigten Staaten etwa 350,000 Indianer, welche in mehr als 50 Stämme zerfallen. Der Stamm der Choctaws (18,000 Köpfe), zwischen den Flüssen Arkansas und Red River, macht große Fortschritte in der Civilisation, hat eine ziemlich geordnete republikanische Verfassung mit einem Präsidenten, auf 4 Jahre gewählt, an seiner Spitze, hat auch schon Schulen angelegt und in dem Gesetzbuche wird die Einfuhr geistiger Getränke streng verboten.

2) Es kamen folgende Punkte zur Besprechung: die beste Jahreszeit zur Abreise. Der überseeische Landungshafen. Was mitnehmen. Was hat ein Einwanderer in Amerika zu erwarten. Die Seereise und die Seekrankheit.

3) Es wurde der Antrag auf Errichtung eines Fragekastens gestellt und angenommen. Hierbei wurde festgesetzt, daß als dringlich bezeichnete Fragen an dem jedesmaligen Sitzungs-Abende, die übrigen in der nächstfolgenden Sitzung erledigt werden sollen. Ferner wurde bestimmt, daß der Vorstand die Entscheidung darüber habe, ob eine eingelegte Frage sich für Vorlesung und Besprechung eigne oder nicht. Mitglied Kahl erbot sich, einen Fragekasten dem Vereine zur Verfügung zu stellen.

4) Der Vorsitzende stellte, da ein Mitglied einen Globus mitgebracht hatte, einen Vergleich an zwischen dem Globus und den Landkarten, gab einen Ueberblick der Erdtheile und Meere und deren Lage zu einander, erklärte die stark markirten Linien des Globus, als: Aequator, Wendekreise und Polarkreise, worauf er auf die Zonen und deren Klimate zu sprechen kam, und beantwortete dann mehrere an ihn gerichtete Fragen, z. B. warum der Globus schräge und nicht senkrecht gestellt sei? was für ein Land südlich vom Kap Horn markirt sei? Auf diese Frage gab er einen Ueberblick der neuesten Entdeckungen in der Nähe des Südpols und wies das Bestehen eines neuen sechsten Erdtheiles, welcher den Namen antarktischer Kontinent oder Südpol-Festland hat, nach. Diese und viele andere Fragen beantwortete der Vorsitzende sofort.

Die von 4 Gästen besuchte Versammlung wurde um 9½ Uhr geschlossen. C. W.

† **Neisse,** 5. Dez. [Militärisches. — Vermischtes.] Der Oberst-Lieutenant Berge von Herrendorff, bisheriger Kommandeur des 3ten Artillerie-Regiments, wurde heut auf Parade durch den General-Lieutenant, Divisions-Kommandeur und ersten Festungs-Kommandanten, von Werder, bei dem gesammten Offizierkorps der Garnison in sein neues Amt als zweiter Kommandant der Festung Neisse eingeführt, und stellten sich Letzterem die Offiziere der einzelnen Truppentheile vor. Gleichzeitig nahm der General v. Werder von den Offizieren der Garnison Abschied, da derselbe sich zur Uebernahme seiner mobilen Division von hier fort nach dem Kantonnement begiebt. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen befindet sich jetzt ebenfalls bei den mobilen Truppen außerhalb der Festung. Das rege militärische Treiben hat hier noch keinesweges abgenommen. Heute sieht man in großer Anzahl sehr stattliche Mannschaften von der Garde-Landwehr. Die Willigkeit und der militärische Geist, welcher sich bei unsern Garnisontruppen zeigt, verdient gewiß alle Anerkennung. — Da von den königlichen Kassen zur Verpflegung der Truppen größtentheils Kassenanweisungen und Gold eingeht, so fehlt es an den Geldtagen, wo die Leute ihre Löhnung erhalten, oft an hinreichender Anzahl Scheidemünze und kleinem Courant, besonders da jetzt auch viele Kassenanweisungen von 50 Rthlr. und von noch höherem Werthe einzuwechseln sind. — Der früher schon intendirte Theaterbau ist jetzt, wie man vernimmt, gänzlich aufgegeben; die jetzigen Zeitverhältnisse werden nun wohl die Herstellung eines Theaterlokals für unsere Stadt auf Jahre wieder hinausschieben, da die Beschaffung der für ein solches Unternehmen erforderlichen Geldmittel schwerlich in der nächsten Zukunft möglich werden dürfte. — Die Gasthöfe erfreuen sich jetzt durch die große Anzahl fremder Militairs, welche fern von ihren Familien sind, eines zahlreichen Zuspruches, und gilt dies besonders für die Friedrichsstadt, in der die Soldaten am meisten ihren Verkehr haben.

□ **Ratibor,** 5. Dezbr. [Militärisches.] Wie viel auch von Frieden, von Nachgeben, von Verständigung u. dergl. gesprochen wird, die Rüstungen gehen lebhaft vorwärts. Heute folgen den schon früher abgereisten 400 Mann zweiten Aufgebots wiederum eben so viel Mann. Auch die Proviant-Lieferung für Kosel geht rasch von statten und lieferte hierzu der hiesige Kreis 91 Stück Rindvieh, 8 Kälber, 356 Schafe und 497 Schweine.

Aus Oesterreich erfuhr ich gestern, daß 26 Bataillone, aus Galizien kommend, durch Mährisch-Ostrau passiren würden, um dann per Eisenbahn nach Böhmen befördert zu werden. Auch soll die bis jetzt noch unbesetzte Grenze gegen Preußen Besatzung und zwar vom Regiment „Schönhals" erhalten. Von Bielitz aus erfuhr ich, daß die Truppen, aus Galizien kommend, als sie von Biala über die Brücke nach Bielitz gingen, gerufen haben sollen: „Deutschland lebe hoch!" Die Offiziere haben zwar diesen Ruf niederzuhalten gesucht, aber die Bürger nahmen 5—10 Mann zu sich ins Quartier, ohne erst die Einquartierungs-Billets abzuwarten.

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 5. Dez.) Gestern hielt der Central-Verein für Kolonisation und Auswanderung seine monatliche öffentliche Sitzung. Assessor Dr. Gäbler präsidirte und eröffnete die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen über die erweiterten Verbindungen des Vereins. Darauf erstattete Spezial-Direktor v. Bülow Bericht über seine Sendung nach Wiesbaden zur General-Versammlung des Texas-Vereins. Durch die freundliche Bereitwilligkeit des genannten Vereins war er in den Stand gesetzt, sich über alle und namentlich die finanziellen Verhältnisse desselben zu unterrichten. Er konnte in Folge dessen die Ueberzeugung aussprechen, daß wenn früher aus Unkenntniß mit den Verhältnissen in Texas gegen die dahin Auswandernden Manches verschuldet, wenn in finanzieller Hinsicht Verschleuderungen stattgefunden, doch jetzt die Verhältnisse derartig geändert seien, daß dem Auswanderer eine Ansiedlung in dem von dem Verein erworbenen und neuerdings durch eine Bill vom 21. Januar 1850 gesicherten Grant zu empfehlen sei. Die Schulden, welche der Verein jetzt noch habe, hauptsächlich von den Vermessungs-Arbeiten herrührend, seien vollkommen gedeckt durch die ausstehenden Forderungen und den Gewinn aus dem zugesicherten Landantheil, 320 Ackres von jedem Kolonisten. Der Verein hat unter der jetzigen Leitung die philanthropischen Zwecke in den Vordergrund gestellt, und wird für den Auswanderer durch eine Instruktion gesorgt werden, die ihn über das Land und die dortigen Bedürfnisse, die beste Weise der Reise und der ersten Ansiedlung belehrt. Außerdem sollen Agenten, welche die Auswanderer empfangen und zu ihrer Besitzung geleiten, in Indianala angestellt und mit zuverlässigen Rhedern Verbindungen angeknüpft werden. Herr Steinert, der im März 1849 im Auftrage des Hrn. Anwandter und mehrerer Anderer eine Reise dorthin gemacht hatte, erging sich in Angriffen gegen den Verein, und auf Texas, die aber ohne Bedeutung waren, da jene sich auf die Vergangenheit bezogen, die unbestritten eine nicht makellose Verwaltung hat, diese aus Anschauungen hervorgingen, die durch eine überaus flüchtige Reise gewonnen waren. Die Herren v. Plehwe und v. Möllhausen, welche längere Zeit in Texas gewesen waren, dementirten durch ausführliche Angaben über dortige Lebensweise, Kultur und Produktivität auf das Vollständigste die Darstellung des Hrn. Steinert, die wohl hauptsächlich nur eine Rechtfertigung der sehr gewagten Behauptungen sein sollte, welche in einer von Bromme und Dr. Römer scharf kritisirten Reisebeschreibung des genannten Redners vorkommen. Diese Debatte nahm leider einen solchen Zeitaufwand in Anspruch, daß der Hr. Vorsitzende die Sitzung schließen mußte, ohne daß die übrigen angekündigten Vorträge, darunter Bericht aus Natal von Hrn. Prediger Stalle, der dort längere Zeit gewirkt hat, zur Erledigung kommen konnten und zur nächsten Sitzung ausgesetzt werden mußten.

— (London, 2. Dez.) „Weekly Chronicle" theilt Einiges aus dem Testament Louis Philipps mit. Daß an Grundeigenthum nicht mehr als 100,000 Pfd. St. vorhanden, wurde bereits vorgestern gemeldet. Das Aktenstück ist datirt: Claremont, 16. Oktober 1848, und ist äußerst bündig. Haus und Gärten zu Palermo fallen der Königin Marie Amalie zu; ferner vermacht er seinen ganzen Grundbesitz in England und Amerika, seine Bücher, sein Silbergeschirr, Porzellan, Möbel ꝛc. der Exkönigin, mit der Befugniß, zum Besten der Kinder nach eigenem Ermessen zu verfügen. Das Vermögen zerfällt, im Falle die Exkönigin nicht andere Bestimmungen treffen sollte, in neun Theile, wovon zwei an den Herzog von Nemours fallen, einer an den Grafen von Paris und den Herzog von Chartres, die übrigen an die Königin der Belgier, den Prinzen von Joinville, den Herzog von Aumale, die Herzogin von Sachsen-Koburg-Gotha, den Herzog von Montpensier und an Philipp Alexander (Enkel), Herzog von Würtemberg. Zur Testamentsvollstreckung ist die Exkönigin berufen, nach ihrem Ableben die Herren W. E. Marjoribanks, Sir E. Antrobus, Coulthurst und Parkinson.

In der „Times" werden zwei in der Colnaghischen Kunsthandlung zu London ausgestellte Oelgemälde des Herrn Otto Meyer als Musterstücke der „modernen preußischen Malerschule" sehr gerühmt. Es sind „die Raucher" und „das Oktoberfest in Rom".

— Nach sehr glaubhaften und sicheren Ermittelungen, deren Resultate hierher berichtet sind, beträgt die Zahl der deutschen Flüchtlinge, die sich gegenwärtig noch in der Schweiz aufhalten, nur wenig über 600. Die im Oktober v. J. aufgenommene Listen ergaben 4000. Die Einnahme, welche dem Centralhilfsausschuß seit der Ankunft der Flüchtlinge bis Ende Oktobers d. J. hauptsächlich aus Frankreichs und den Vereinigten Staaten zur Verwendung für die Flüchtlinge zugeflossen sind, betrugen im Ganzen etwa 40,000 Schweizer Frs. (C. B.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin, 5. Dezember. [Landwirthschaftliches.] Seitdem Liebig's künstlicher Dünger in England Verbreitung und Anerkennung gefunden, ist man auch in Deutschland vielfach bemüht gewesen, der Landwirthschaft in dieser Hinsicht förderlich zu sein. Bekanntlich hat Bickes vor Jahren einen künstlichen Dünger erfunden, dessen Zusammensetzung durch Herrn Köpp hier wesentlich verbessert worden ist und der aus solchen Elementen besteht, welche dem Gedeihen der Pflanzen förderlich sein müssen. Herr Köpp will jetzt seine durch viele Beweise bestätigte Erfahrung der Landwirthschaft allgemein zugänglich machen und die Anleitung zur Herstellung und Anwendung des künstlichen Düngers den Landwirthen für einen mäßigen Preis abzulassen. (C. B.)

Berlin, 3. Dezbr. Wie es heißt, werden die Darlehnskassen, eine Schöpfung des Herrn Hansemann, mit dem 1. Januar 1852 eingehen, die Darlehnskassenscheine aber, im Betrage von 10 Millionen, für einen Theil der unverzinslichen Schuld erklärt und in Staatskassenscheine umgewandelt werden. Eine Vergrößerung der Staatsschuld um 10 Millionen ist in unsrer jetzigen Verwaltung eine Kleinigkeit geworden, bildet wenigstens nicht mehr einen Gegenstand der Beachtung. Aber dem Gewerbe- und Handelsstande sind die Darlehnskassen nicht nur von wesentlichem Nutzen, sondern geradehin eine Nothwendigkeit für dieselben geworden. Deshalb sind auch von verschiedenen Orten Petitionen für Erhaltung derselben beim Finanzministerium eingegangen. Besser würden die Petenten für ihren Zweck gesprochen und mehr ihre Wünsche auf das Wohl des Landes gerichtet haben, wenn ihr Gesuch dahin gerichtet worden, die Gesetze über Errichtung von Privat-Kreditinstituten einer gründlichen Reform zu unterwerfen. Die Kreditinstitute sind dringend nöthig, aber sie werden nur unseren Verkehrsverhältnissen genügen, wenn ihre Gründung und Leitung den schwerfälligen Händen der Bureaukratie entzogen und der kaufmännischen Spekulation überlassen wird. Abgesehen aber davon, daß die Kreditinstitute unter Leitung von Staatsbeamten bei der Schwerfälligkeit ihrer Verwaltung dem Gewerb- und Handeltreibenden die Vortheile, welche sie gewähren könnten, verkümmern und deshalb auch selbst einen unverhältnißmäßig geringen Gewinn abwerfen — wie auch die Darlehnskassen beweisen — so werden sie auch in den Händen des Staats gar leicht ein Mittel der politischen Korruption und der persönlichen Begünstigung, während das Privat-Kreditinstitut nur ins Auge faßt, was dem Wesen der Sache nach allein maßgebend sein sollte: seinen Gewinn und seine Sicherheit. (N. Z.)

Berlin, 4. Dezbr. Dem Ingenieur Karl Gotthelf Kind ist unter dem 29. November 1850 ein Patent auf ein durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenes Verfahren zum Ausfuttern gebohrter Schächte, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Theater-Nachricht.

Sonnabend den 7. Dezbr. 56ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Die Bekenntnisse."** Lustspiel in 3 Aufzügen von Bauernfeld. — Zum Schluß: **„Der Weiberfeind."** Lustspiel in einem Akt von Roderich Benedix.

Sonntag den 8. Dezbr. 57ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Die Hugenotten."** Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer.

Montag den 9. Dezbr. Bei aufgehobenem Abonnement. **Zum Benefiz für Frln. Schwelle.** Zum ersten Male: **„Die Geheimnisse von London"** oder **„Die Verbündeten der Nacht."** Romantisches Gemälde in 6 Aufzügen (8 Tableaux) nach Paul Feval und mit Benutzung des Trotope'schen Romans: „The Gentleman of the Night" etc.

Verein. △ 9. XII. 6. R. II.

Verbindungs-Anzeige.
Unsere heute hier vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hierdurch an.
Glogau, den 3. Dezember 1850.
August Haase, Kreisrichter.
Anna, geb. v. Gladis.

Als Vermählte empfehlen sich:
Adolph Küchenmeister,
Ottilie Melz.
Freiburg, den 4. Dezember 1850.

Danksagung.

Allen Denen, welche bei der am 4. d. Mts. stattgefundenen Beerdigung unseres geliebten Gatten und Vaters, des Spediteurs Ignaz Funke, durch ihre Begleitung demselben den Beweis freundschaftlichen Andenkens gegeben, unsern innigen Dank.
Die Hinterbliebenen.

Heute, Sonnabend den 7. Decbr., wird die hiesige Sing-Akademie das Oratorium **Saul** von Georg Friedr. Händel im Musiksaale der Universität aufführen.
Eintrittskarten à 20 Sgr. und Textbücher à 2½ Sgr. sind in den Musikhandlungen der Herren Bote u. Bock, Scheffler und Schuhmann zu haben. Am Eingange ist der Eintrittspreis 1 Rtl.
Einlass 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
Anschlagzettel werden nicht ausgegeben.

Altes Theater in Breslau.

Heute Sonnabend den 7. Dezember letzte Vorstellung der indischen und chinesischen Magie von Professor **Herrmann**.

Aufforderung.

Wegen Regulirung des Nachlasses des in Breslau verstorbenen Kaufmannes C. W. Gäbel, wollen sich alle Diejenigen, welche an denselben Zahlungen zu leisten oder Forderungen haben, bis zum 1. Januar 1851 bei dem Kaufmann Herrn F. W. Neumann in Breslau, Neuschestraße Nr. 1, unter Beibringung genügender Beweise anmelden, welcher sich auf mein Ansuchen zur Empfangnahme von Geldern, so wie zur vollen Auszahlung, nach ermittelter Richtigkeit der Forderungen, bereits erklärt hat.
Brieg, den 5. Dezember 1850.
Carl Gäbel,
Vater des verstorb. C. W. Gäbel.

Trost.

Es kann ja nicht immer so bleiben,
Es ist weder Frieden noch Krieg,
Wir wollen die Feinde vertreiben,
Und warten auf Kampf und auf Sieg.
In Hessen da stehen die Brüder,
Und halten für Deutschland die Wacht,
Doch schwenkten zum Rückzug die Glieder,
Als Keiner an Rückzug gedacht.
In Frankfurt da spotten die Baiern,
Und schlagen die Brüder uns todt,
Und wir noch, wir warten und feiern,
Und klagen einander die Noth.
Vom Osten zum Westen der Grenze,
Da stehen Pandur und Kroat,
Und wir schon im Waffengeglänze,
Wir hoffen und harren der That.
Wir harren geduldig und hoffen,
Gehorchen ist heilige Pflicht;
Doch sagen wir's ehrlich und offen,
So bleiben — nein, kann es ja nicht.
Und 's wird auch nicht lange so bleiben,
Ein Preuße hält das nicht aus —
Man läßt uns die Feinde vertreiben
Und führt uns zum Kampfe hinaus.
V.

Bei Reichel in Bautzen ist erschienen und bei **G. P. Aderholz** in **Breslau** zu haben:

Die Schnellmästung der Schweine

nebst praktischer Anleitung über die

Aufzucht der Ferkel u. Schweine

und wie solche mit **wenig Kosten** und in **kurzer** Zeit fett zu machen, die Krankheiten derselben leicht und sicher zu heilen und die Schweine am vortheilhaftesten zu benutzen sind.
2. Auflage. 10 Sgr.

Neue Jugendschriften.

Im Verlage von **Joh. Urban Kern** in **Breslau** sind erschienen:

Die gesellige Kinderwelt.

Enthaltend: 80 Kinderspiele, 100 Pfänderauslösungen, 40 Schnellsprechsätze, 150 Sprichwörter, 110 Räthsel, 120 Räthselfragen, 10 Orakelfragen mit 300 Antworten, 30 Einzählungen, ferner launige Geschichtchen, Deklamationen und Kunststücke.
Für die Jugend bearbeitet von Gustav Fritz.
12 Bogen. Taschenformat. Preis 15 Sgr.

Figuren-Theater.

Eine Sammlung von keinen Vorstellungen für Kinder, mit Figuren leicht ausführbar.
Von **G. Fritz.**
Erstes bis fünftes Bändchen (Das Gespenst im Wirthshause — Das Raubschloß — Das Leibgericht — Der Pachter ꝛc.).
Preis für jedes Bändchen à 6 Sgr.
Eine mannigfaltige Sammlung von Puppenspielen, wie sie bis jetzt noch nicht existirte, für Kinder gewiß eine willkommene Gabe, auch als Lesebuch angenehm unterhaltend.

Koch, Rosalie, Maiblümchen, Erzähl. f. d. Jugend 11¼ Sgr.
— — Der kleine Savojarde 7½ Sgr.
— — Gelegenheitsged. f. d. Jug. 10 Sgr.
Osten, Mary, Frühlingsblüthen, Erzählungen für die Jugend 10 Sgr.

Bekanntmachung.

Ein tüchtiger, in seinem Metier wohlerfahrner, mit guten Zeugnissen versehener **Töpfergeselle,** ledigen Standes wird gesucht.
Mittelwalde in der Grafschaft Glaz, den 1. Dezember 1850.
Graf v. Althann'sches Wirthschafts-Amt.

Oberschlesische Eisenbahn.

Der vom 19. Januar 1851 ab in Kraft tretende erhöhte Personen-Fahrtarif auf unserer Eisenbahn ist in unseren sämmtlichen Expeditionen zur Einsicht ausgehängt.
Breslau, den 5. Dezember 1850. **Das Direktorium.**

Neisse-Brieger Eisenbahn.

Die Herren Aktionäre der Neisse-Brieger Eisenbahn-Gesellschaft werden unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 31. Juli d. J. hiermit aufgefordert, den Rest der am 1sten Januar 1849 fällig gewesenen Zinsen pro 2. Semester 1848 bei Ablieferung der Zins-Coupons Nr. 2 mit Einem Thaler in unserer Hauptkasse vom 16. d. M. ab in den gewöhnlichen Amtsstunden zu erheben. Breslau, den 4. Dezbr. 1850. **Das Direktorium.**

Die Berliner allg. Wittwen-Pens.- u. Unterst.-Kasse

beginnt mit dem 1. Jan. k. J. ihr 29. Semester. Ihr Vermögen beträgt 315,770 Thlr., die Zahl der Wittwen (die zusammen 14,210 Thlr. Jahrespension beziehen) 128, und die Anzahl der Mitglieder 996, welche ihren resp. Frauen zusammen 109,780 Thlr. jährliche Wittwen-Pension und 27,445 Thlr. Begräbnißgeld gesichert haben. Anmeldungen und Beiträge werden von mir befördert und Reglements à 3 Sgr. verabreicht.
Breslau, den 18. Novbr. 1850. **J. Müllendorff,** Taschenstraße Nr. 28.

Dr. A. White's Augenwasser.

Dieses Augenwasser darf nach den seit einer langen Reihe von Jahren — wenn auch nur in einem engern Kreise (in den Umgebungen des Thüringer Waldes) — damit gemachten Erfahrungen unbedingt als eins der vorzüglichsten unter den bis jetzt in Anwendung gekommenen Augen-Heilmitteln angesehen werden **Es enthält durchaus keine den Augen schädlichen Bestandtheile,** wirkt sicher, kräftig und schnell bei chronischen Entzündungen und jeder krankhaften Affizirung der Augen, bei Schmerz, Thränen und Brennen in denselben, ja es hat sogar, laut vorliegenden gerichtlich beglaubigten Attesten, den bereits beginnenden Staar vollkommen beseitigt. Gesunde Augen werden durch Anwendung dieses Mittels gestärkt, und besonders bei vielem Lichtarbeiten bis ins höchste Alter conservirt. — Wird das Wasser blos zur Stärkung gebraucht, so hat man Morgens nach dem Waschen und Abends vor Schlafengehen die Augenlieder damit zu bestreichen. — Wenn es dagegen zur Heilung angewendet wird, so ist das Bestreichen täglich 6 bis 8 Mal zu wiederholen. Vor dem Gebrauch muß das Wasser jedes Mal umgeschüttelt werden. — Nachstehend sind zur Bewahrheitung des Gesagten nur einige wenige Atteste abgedruckt. Eine große Anzahl anderer, ebenfalls gerichtlich beglaubigter Zeugnisse sind bei dem Unterzeichneten jederzeit einzusehen.

Jedes Fläschchen hat den Glasstempel: AUGENWASSER und ist mit dem nebenstehenden Siegel verschlossen; auch ist die Etiquette mit meinem Monogramm versehen, worauf genau zu achten. — Das Fläschchen kostet **15 Sgr.,** welcher Betrag der frankirten Bestellung baar beizufügen ist.
Weimar, im Großherzogthum Sachsen.
Dr. Ferdinand Jansen.

Atteste.

Das mir von Herrn Dr. Ferdinand Jansen in Weimar zur Untersuchung und Begutachtung übersandte White'sche Augenwasser enthält nach einer genauen Untersuchung keineswegs Bestandtheile, welche den Augen nachtheilig sind, sondern vielmehr solche Stoffe, welche bereits schon seit geraumer Zeit in der Augen-Heilkunde als bewährte und anerkannte dastehen, und daß daher dieses Augenmittel bei gehöriger Anwendung wohl geeignet ist, den Erfordernissen zu genügen, die man von einem derartigen allgemeinen Augen-Medikamente erwartet; dies bezeugt, der Wahrheit gemäß
Jena, den 29. Okt. 1850. **Dr. Wilibald Artus,** Professor der Chemie.

Das mir seit einer längeren Reihe von Jahren bekannte und durch öftern Gebrauch bewährte White'sche Augenwasser kann ich aus Erfahrung und vollkommener Ueberzeugung hierdurch empfehlen, wie auch nach Untersuchung und Prüfung attestiren, daß es keine schädlichen Bestandtheile enthält, sondern im Gegentheil nur höchst vortheilhaft aufs Auge wirkt.
Groß-Breitenbach, den 21. Oktober 1850. **Dr. Heinrich Finn.**
Daß das vorstehende Zeugniß von dem Herrn Dr. med. Heinr. Finn hier eigenhändig ge- und unterschrieben worden ist, wird hierdurch bezeugt.
Groß-Breitenbach, den 28. Oktober 1850. Der Gemeindevorstand daselbst.
(L. S.) **J. v. Hopffgarten.**

Das White'sche Augenwasser hat sich in hiesiger Gegend durch seine vortreffliche Wirksamkeit den besten Ruf errungen. Sehr oft habe ich mich von dessen ausgezeichneter Heilkraft überzeugt, ohne jemals auch nur die geringste nachtheilige Wirkung beobachtet zu haben. Eine von mir und dem Herrn Apotheker Zusch hierselbst vorgenommene chemische Prüfung hat ergeben, daß dasselbe in keiner Weise mit dem Auge schädlichen Stoffen versetzt ist. Nach Wahrheit und Pflicht bezeugt dieses
Groß-Breitenbach, den 22. Oktober 1850. **Dr. Friedrich Weimann.**
Daß das vorstehende Zeugniß von dem Herrn Dr. med. Friedr. Weimann hier eigenhändig ge- und unterschrieben worden ist, wird hierdurch bezeuget.
Groß-Breitenbach, den 28. Okt. 1850. Der Stadtgemeinde-Vorstand daselbst.
(L. S.) **J. v. Hopffgarten.**

Geschäfts- und Haus-Verkauf.

Mein sehr bequem eingerichtetes rein massiv gebautes **Handlungs-Haus,** Nr. 29 (Sälzerstraße) hiesiger Stadt, beabsichtige ich (wegen Jahre langer Kränklichkeit) mit dem darin befindlichen **Material- und Kolonial-Waaren-Geschäft** sofort unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen.
Es hat eine der besten Geschäfts-Lagen hiesiger Stadt, und habe mich seit 20 Jahren eines sehr günstigen Rufes und guten Geschäftes, wie allgemein bekannt, erfreut, es würde nur eine Anzahlung von 2000 Rthlrn. erforderlich sein, darauf Reflektirende wollen es gefälligst in Ansicht nehmen.
Goldberg, im Dezember 1850. **Heinrich Gröschner.**

Gegen übelriechenden Athem

Tablettes de charbon aromatiques,

in Schachteln à 10 Sgr.
Von diesen mit der größten Sorgfalt bereiteten Pastillen braucht man jeden Morgen und Abend nur 3 bis 4 Stück zu genießen, um den reinsten Athem herzustellen.
Niederlage für Breslau bei **S. G. Schwartz,** Ohlauerstraße Nr. 21.

Stammschäferei Dambrau bei Löwen O.-S.

Der Verkauf von **Zuchtböcken** in hiesiger Schäferei hat begonnen. — Nächstdem stehen auch **Mutterschafe** zur Zucht und Schöpse zum Verkauf. Die Dampfzüge der Oberschlesischen Eisenbahn halten des Morgens und Abends am Anhaltepunkte Czeppelwitz, eine Viertel-Stunde von hier.
Am 4. Dezember 1850.
Das Freiherr **von Ziegler**'sche Wirthschafts-Amt Dambrau.

Wintergarten.

Vorläufige Anzeige der großen Blumen-Verloosung, Sonntag den 8. Dezember.

Café restaurant.

Sonntag den 8. Dezember
letztes CASINO.

Die betreffenden Pflegebefohlenen meines verstorbenen Freundes des seligen Sanitätsraths Dr. Guttentag, bitte ich, die noch rückständigen Honorare im Laufe dieses Monats gefälligst an mich gelangen lassen zu wollen.
Breslau, den 4. Dezember 1850.
Middeldorpf, als Testamentsvollstrecker, Junkernstraße Nr. 4.

Die von mir gefertigten und sich schon bewährten **feuersicheren eisernen Geldschränke** und **Geldkassen** empfehle ich zur gütigen Beachtung. Es stehen dergleichen in meiner Werkstatt, Schweidnitzerstraße Nr. 48, zur Ansicht und zum Verkauf bereit.
Breslau, den 7. Dezember 1850.
Friedr. Koch, Schlossermeister.

Ein im gesammten Maschinen-, namentlich amerik. Mühlen- und Dampfmaschinenwesen erfahrener junger Mann, der zugleich der kaufmännischen Korrespondenz und Doppelbuchführung gewachsen, bietet seine Dienste in einer dieser Branchen zum Antritt Weihnachten d. J. oder Ostern k. J. an. Gefällige Auskunft wird Herr Lehrer **Weitzner** in Breslau, Universitätsplatz Nr. 18, zu ertheilen die Güte haben.

Eine halbgedeckte Chaise
ist für 30 Thaler bis morgen Mittag wegen Abreise Bahnhofstraße Nr. 9 zu verkaufen.

Sonntag den 8. Dezember wird auf dem Bahnhofe zu Canth von dem Trompeterchor des k. 1. Kürassier-Regiments **ein gut besetztes Konzert** stattfinden, wozu ergebenst einladet:
Hanisch.

Passagiere nach Schweidnitz und Striegau, welche den täglich 3 Uhr 15 Min. Nachmittags von Breslau nach Freiburg abgehenden Güterzug bis Königszelt benützen, finden hier Gelegenheit zur Weiterreise durch die Posthalterei in Königszelt.

Ein verheiratheter Kutscher,
der keine oder doch nur wenige Familie hat, militärfrei ist und Zeugnisse seiner Brauchbarkeit und Nüchternheit besitzt, kann sich melden auf dem Gute Heydänichen bei Domslau.

Ein Oekonomie-Beamter, der in allen Zweigen der Landwirthschaft und Brennerei erfahren, militärfrei ist und jede beliebige Kaution stellen kann, sucht sofort oder später eine Anstellung.
Wendriner, Breitestr. Nr. 3.

Eine junge Dame, die französische Konversationsstunde einem Mädchen ertheilen kann, gebe ihre Adresse gefälligst beim Konditor am Theater ab.

Ein verh. Mann im besten Alter und militärfrei, welcher seit vielen Jahren hierselbst in Funktion steht, durchaus treu, rechtlich und nüchtern ist, wünscht bald oder später ein Unterkommen als Diener, Portier, Kastellan, Hausmeister ꝛc. in hiesiger Stadt. Näheres durch **Jos. Delavigne,** Ketzerberg 23.

Messingne Schiebelampen,

das Stück 1 Thlr. 25 Sgr., Federscheiden 2, Brotkörbchen 6, Spucknäpfe 5, 6, Schreibzeuge 6, Zuckerkästchen 4, 5, 6, Lampen mit Glasglocken und Cylinder 22½, 27½, Arbeitslampen 15, messingne Taschenlaternen 10, Thee- und Kaffeebretter 2½, 3½, 5, 6 Sgr. empfehlen **Hübner und Sohn,** Ring 35, 1 Treppe, dicht an der grünen Röhre, der Eingang ist durch das Kleidermagazin des Hrn. Waldmann.

Bekanntmachung.

Die zur Domainen-Pachtung Kottwitz (Breslauer Kreises) gehörende **Brennerei** soll behufs Betriebes bis zum 1. Mai künftigen Jahres verpachtet werden. Zu diesem Zwecke ist ein Lizitationstermin auf Freitag den **13ten d. Mts.** Vormittags 11 Uhr im Pachthause zu Kottwitz vor unserem Kommissarius, Regierungs-Assessor Heermann, anberaumt worden. Die Pachtbedingungen können in unserer Registratur, sowie im Bureau der Domainen-Administration zu Kottwitz jeder Zeit eingesehen werden.
Breslau, den 5. Dezember 1850.
Königliche Regierung.
Abtheilung für Domainen, Forsten und direkte Steuern.
Struensee.

Bekanntmachung,

wegen Verdingung der Lieferung von Victualien für die mobilen Truppen des 6. Armee-Corps.
Behufs Verdingung der Lieferung von Victualien für die mobilen Truppen des 6. Armee-Corps ist auf den 11. d. Mts. Vormittags um 9 Uhr im Geschäfts-Lokal der unterzeichneten Intendantur — Kirchstraße Nr. 29 — ein Submissions-Termin anberaumt.
Demzufolge werden kautionsfähige und sonst gehörig qualifizirte Unternehmungswillige hiermit eingeladen, bis dahin versiegelte schriftliche Lieferungs-Anerbietungen abzugeben.
In denselben sind die Preis-Anerbietungen zu richten auf die Lieferung von
1 Pfund fettes Ochsenfleisch, à 32 Loth pro Pfund,
1 Pfund Reis,
1 Pfund Siedsalz,
1 Quart Kornbranntwein, 45 Grad nach Tralles, und
1 Quart Spiritus — 80 Grad nach Tr.
Die speziellen Bedingungen, unter welchen diese Lieferung verdungen werden soll, werden bei den Intendantur-Abtheilungen in Conradswaldau, Kostenblut, Canth und Jordansmühl, so wie in unserm Bureau zur Einsicht vorgelegt werden, daher hier nur noch Nachstehendes bemerkt wird.
1) Im Ganzen werden ungefähr gebraucht:
5565 Centner Fleisch,
978 Centner Reis,
636 Centner Salz,
583 Ohm Branntwein, und
78 Ohm Spiritus.
2) Als Kaution wird der 10te Theil des Lieferungs-Vergütigungs-Betrages bestimmt.
3) Zu der Verdingung der Lieferung wird eine höhere Genehmigung nicht vorbehalten, dagegen bleibt dem Fiskus das Recht vorbehalten, unter den drei Mindestfordernden die Auswahl zu treffen.
4) Der Abschluß der Lieferung wird sogleich erfolgen und Nachgebote werden zurückgewiesen.
Breslau, den 5. Dezember 1850.
Kgl. Corps-Intendantur des 6. Armee-Corps.
Keigel.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 6 am Nikolai-Stadtgraben und Nr. 5 der Magazinstr. belegenen, dem Rittergutsbesitzer v. Böhm gehörigen, auf 21,705 Rthl. 21 Sgr. 8 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin
auf den 6. März 1851,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Herrn Obergerichts-Assessor Wendt in unserm Parteien-Zimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.
Zu diesem Termine werden
1) der vormalige Rittergutsbesitzer David Seligsohn und
2) der Rittergutsbesitzer Leopold v. Böhm
hierdurch vorgeladen.
Breslau, den 17. Juli 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Oderstraße Nr. 15 belegenen, dem Bäckermeister Karl Böse, früher dem Klemptner Friedrich Gottlieb Louis Georgi gehörigen, auf 4908 Rtl. 27 Sgr. 7 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin
auf den 7. Februar 1851,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserm Parteienzimmer anberaumt.
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.
Zu diesem Termine werden die unbekannten Real-Prätendenten zur Vermeidung der Ausschließung ihrer Ansprüche hierdurch vorgeladen.
Breslau, den 12. Oktober 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Oeffentliche Vorladung.

Ueber das Vermögen des Buchhändlers Friedrich Aderholz hier ist der Konkurs-Prozeß eröffnet, und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekannten Gläubiger
auf den 7. Februar 1851,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmiedel in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt worden. Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen, und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden.
Breslau, den 2. Oktober 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Oeffentliche Vorladung.

Ueber den Nachlaß des Oberamtmanns Karl Siegismund Benjamin Methner ist der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekannter Gläubiger
auf den 6. Februar 1851,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Hrn. Stadtrichter Fürst in unserem Parteienzimmer, Junkernstraße Nr. 10, anberaumt worden.
Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.
Breslau, den 28. Septbr. 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Für eine in einer mitteldeutschen Provinzialstadt zu errichtende Waisenanstalt wird ein Inspektor gesucht, der die Leitung des Unterrichts, der Erziehung und der Oekonomie zu übernehmen befähigt ist. Der Anzustellende muß mosaischer Konfession und verheirathet sein und mindestens das 30ste Lebensjahr überschritten haben.
Hierauf Reflektirende belieben ihre schriftlichen Meldungen unter Beifügung glaubwürdiger Zeugnisse und einer kurzen Schilderung der bisherigen Lebensverhältnisse an den Herrn **Louis Guttentag** in Breslau (Riemerzeile Nr. 9) portofrei gelangen zu lassen.

Proklama.

Nachstehende angeblich verloren gegangene Schuld- und Hypotheken-Instrumente:
1) d. d. Rybnik den 14. April 1830, ausgestellt von dem Bauergutsbesitzer Leopold Kunsek für den Häusler Lorenz Wowra zu Rowin über 100 Rtl., eingetragen zu Folge Verfügung vom 19. April 1830 auf das Bauergut Nr. 8 zu Rowin Rubr. III. unter Nr. 1.
2) d. d. Sohrau den 16. März 1846, ausgestellt von dem Böttcher Johann Konietzny und dessen Ehefrau Magdalena, geborne Kolibai für die Frau Charlotte, verwittwete Lieutenant v. Harasowsky, geborne v. Weidenthal zu Sohrau über 50 Rtl., eingetragen zu Folge Verfügung vom 15. April 1846 auf das Vorstadthaus Nr. 149 zu Sohrau Rubr. III. unter Nr. 3.
3) d. d. Ratibor den 22. Februar 1842, ausgestellt von dem Gutsbesitzer Carl Emanuel Langer zu Ober-Schwirklan für den Gutsbesitzer Heinrich Opitz zu Rybnik über 700 Rtl., eingetragen zu Folge Verfügung vom 3. März 1842 auf das Vorwerk Nr. 32 zu Ober-Schwirklan Rubr. III. unter Nr. 2, gegenwärtig in Folge Abzweigung von 666 Rtl. 20 Sgr. auf Grund der Cessions-Verhandlungen vom 7. Januar 1843 und vom 20. Dezember 1843 nur noch giltig in Höhe von 33 Rtl. 10 Sgr., welche Restforderung laut Verhandlung vom 16. Juli 1843 an den Gutsbesitzer Hyacinth Kosch zu Ober-Schwirklan abgetreten ist,

werden hiermit behufs ihrer Amortisation aufgeboten.
Alle diejenigen, welchen auf diese Forderungen und auf die über dieselben ausgestellten Instrumente als Eigenthümern, Cessionarien, Pfand- oder anderen Briefs-Inhabern irgend ein Recht zusteht, haben sich zur Geltendmachung ihrer Rechte in dem auf
den 26. Juni 1851, Vormittags 11 Uhr
hierorts im Dr. Kremser'schen Hause vor dem Ober-Gerichts-Assessor Polko anstehenden Termine zu melden, widrigenfalls die Ausbleibenden mit ihren Ansprüchen präkludirt, und ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen wird auferlegt werden.
Rybnik, den 17. Novbr. 1850.
(L. S.)
Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Eichen-Schiffbauholz-Verkauf.

Donnerstag **den 19. Dezember** Vormittags 10 Uhr sollen in Ohlau im Gasthofe zum deutschen Hause
aus dem Forstrevier Peisterwitz 100
aus dem Forstrevier Zedlitz 150
in Summa 250 starke Eichen
meistbietend verkauft werden; die näheren Bedingungen können in den Registraturen der unterzeichneten Oberförster zu Peisterwitz und Zedlitz bei Ohlau eingesehen werden.
Peisterwitz und Zedlitz bei Ohlau, den 5. Dezember 1850.
Die königlichen Oberförster
Krüger. Blankenburg.

Bekanntmachung.

In unserer Fabrik hierselbst sind nachstehende Thonwaaren bestellungsweise zu haben, als **Wasserröhren** von verschiedenem Geböhr, glasirt oder auch unglasirte — **farbige Pflasterziegeln — Ziegeln zu Gartenzäunen — Verzierziegeln zu Gesimsen** und dergleichen.
Die Vorzüglichkeit des Thones liefert uns gute und dauerhafte Waaren, die wir mit Fug und Recht Jedermann bestens anempfehlen können, besonders aber die Wasserröhren, die in Hinsicht ihrer Nützlichkeit zu Wasserleitungen, den hölzernen Röhren gegenüber, weit voran stehen.
Bei Abnahme der Wasserröhren von größeren Quantitäten wollen wir die Hälfte des Werths ein Jahr lang stunden, und sind bereit, in Betreff des Bindungsmittels das Nähere mitzutheilen.
Mittelwalde in der Grafschaft Glaz, den 1. Dezember 1850.
Graf v. Althann'sches Wirthschafts-Amt.

Pferde-Versteigerung.

Zur Versteigerung der vier Pferde aus dem Nachlasse des Lohnkutschers Zingel ist ein anderweitiger Termin auf Mittwoch den 11. d. M. Vormittags 11 Uhr in Nr. 24 Büttnerstraße angesetzt worden.
Breslau, den 6. Dezember 1850.
Hertel, Kommissions-Rath.

Auktions-Anzeige.

Mittwoch den 11. d. M. Vormittags 10 Uhr werde ich an der Kreuzkirche Nr. 10
eine Partie Erlen-Bohlen
öffentlich versteigern. **Saul,** Aukt.-Kommiss.

Ein im evangelischen Seminar gebildeter **Lehrer,** der schon einige Jahre als Hauslehrer fungirt, sucht ein anderweitiges Engagement. Derselbe bereitet vor für Realschulen bis Tertia und ertheilt gründlichen Musikunterricht. Hierauf Reflektirende belieben ihre Adressen franco unter Chiffre H. J. K. poste restante Breslau abzugeben.

Geschäftslokal-Gesuch.

Ein Gewölbe oder Parterrelokal, aus einigen Piecen bestehend, wird Ostern beziehbar gesucht. Gefällige Adressen mit Angabe des Miethspreises werden Ring Nr. 52 im Porzellan-Gewölbe angenommen.

Frische Gußwaaren,
sowie alle übrigen Konditorwaaren zum Wiederverkauf sind stets vorräthig bei dem Konditor **Zingel,** Messergasse Nr. 3.

Ein gebrauchter aber noch guter **Neutitscheiner** wird bald zu kaufen gesucht.
Ring Nr. 40 im Gewölbe.

Heu-Verkauf.

Freitag den 20. Dezember 1850 Vormittags 11 Uhr sollen auf dem Gute Voigtsdorf nahe bei Grottkau
circa 1000 Ctr. gut geerntetes Heu
meistbietend in einzelnen Partien gegen sofortige Zahlung veräußert werden.
Die Kaufsbedingungen sind von heute ab sowohl in der **hiesigen** Wirthschaftsamts-Kanzlei als auch auf dem **herrschaftlichen Hofe zu Voigtsdorf** beim Jäger **Hönisch** einzusehen.
Endersdorf bei Grottkau, d. 5. Dezbr. 1850.
Die Administration.
Siegling i. A.

Kleiderstoffe

als Napolitains, schweizer Leinen, Camelotts, Twills, Kattune, Nessel ꝛc., werden zu den billigsten Preisen verkauft in der Leinwand- und Schnittwaaren-Handlung
Metzenberg u. Jarecki,
Kupferschmiedestr. 41, zur Stadt Warschau.

Einen tüchtigen **Oekonom,** militärfrei, kann ich bestens empfehlen.
E. Schmidt, Gutsbesitzer, Matthiasstraße Nr. 7.

In der Pechhütte

(Ecke der Schweidnitzer- und Karlsstr. Nr. 1) sind
frische Austern
angekommen.

Frischen Silber-Lachs

erhielt wiederum und offerirt:
Gustav Rösner,
Fischmarkt Nr. 1
und Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1.

Eine Besitzung mit Kräuteracker, bei Lehmgruben, ist aus freier Hand zu verkaufen und das Nähere darüber Bischofsstraße Nr. 1 drei Treppen zu erfahren.

Ein gebrauchter Handwagen ist zu verkaufen Rosenthalerstr. Nr. 7, in der Schmiede.

Ein Paar schöne Pferde, zum Reiten und Fahren gleich brauchbar, stehen zum Verkauf Karlsstraße Nr. 32.

Bei dem Dominium Pannwitz bei Auras stehen 1¾ bis 2jährige sprungfähige Stiere Oldenburger Original-Race zum Verkauf. Auch sind von jetzt an Zucht-Kälber von derselben Race abzulassen.

Term. Weihnachten sind Wohnungen verschiedener Größe an der Promenade, Sandstraße 12, 2te Etage zu vermiethen. Näheres bei dem Haushälter Großmann.

Ring Nr. 17

ist die **erste Etage,** bestehend aus 5 Zimmern, 1 Alkove, Küche, Speisekammer, Keller und Bodengelaß zu vermiethen und Ostern kommenden Jahres zu beziehen. Näheres im Eisenwaaren-Gewölbe daselbst zu erfragen.

Matthiasstraße Nr. 87 wird Fleisch zum Räuchern angenommen.

Eingetretener Verhältnisse wegen ist Weihnachten d. J. eine Wohnung im ersten Stock Wallstraße Nr. 13 zu haben.

Sogleich zu beziehen ist Kupferschmiedestraße Nr. 37 der erste Stock. Näheres hierüber Kupferschmiedestraße Nr. 20.

Eine Wohnung

von drei Zimmern, Küche und Zubehör ist Kurzegasse Nr. 14 b. zu vermiethen und bald oder Termin Weihnachten zu beziehen. Näheres Kurzegasse Nr. 14 a.

Sager's Hôtel garni, Ohlauerstraße 75, empfiehlt sich dem geehrten reisenden Publikum zur gütigen Beachtung.

Fremden-Liste von Zettlitz's Hôtel.
Advokat Tischer und Faktor Pretsch aus Dresden. Gutsbes. v. Reuß aus Loffen. Lieut. v. Schwanenfeld aus Canth kommend. Lieut. v. Döring aus Wien. Kaufm. Lutter aus Berlin. Kaufm. Moß aus Holland. Frau Doktor Grosser aus Brünn.

Markt-Preise.

Breslau am 6. Dezember 1850.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	55	53	51	47	Sgr.
Gelber dito	53	51	50	47	„
Roggen . . .	43	41	40	37	„
Gerste . . .	30	28	26	25	„
Hafer . . .	28	26	25	24	„
Rothe Kleesaat	11¼	10½	9¾	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	11	10½	9½	7—8	Rtl.
Spiritus . .	7¼ Rtl. Br. ½ bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Rüböl 11¼ Rtl. Br. Zink nichts gehandelt.

5. und 6. Dzbr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"11,06"'	28"1,35"'	28"2,49"'
Thermometer	+ 1,9	— 0,5	+ 0,6
Windrichtung	NNW	NNW	NNW
Luftkreis	bed. Rg.	bedeckt	überwölkt

Börsenberichte.

Breslau, 6. Dezember. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅔ Br. Louisd'or 110½ Br. Polnisch Courant 93⅓ Gld. Oesterreichische Banknoten 79¾ Gld. Seehandlungs-Prämien-Scheine — — Freiwillige preuß. Anleihe 102 Gld. Neue Staats-Anleihe 4½% 97 Gld. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 80¾ Gld. Breslauer Stadt-Obligationen 4% — — Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99¼ Br., neue 3½% 87½ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 91½ Gld., neue schlesische Pfandbriefe 4% 98½ Gld., Litt. B. 4% 97½ Gld., 3½% — — Alte polnische Pfandbriefe — — neue 93¼ Gld. Polnische Schatz-Obligationen — — Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 67¾ Gld., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 107½ Br., Litt. B. 103¼ Gld. Krakau-Oberschlesische 59½ Gld. Niederschlesisch-Märkische 78 Gl., Priorität 5% — — Serie III. — — Neisse-Brieger — — Köln-Mindener 93 Br., Priorität — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33½ Gld.

Berlin, 5. Dezember. Die Börse war heute sehr animirt und in den meisten Effekten bei zum Theil merklich höheren Coursen ziemlicher Umsatz.
Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 93, 92½, ¾ bez., Priorität 5% 99¾ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 59 à 60 bez., Priorität 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 33½, 33 à ½ bez., Priorität 5% — — Niederschlesisch-Märkische 3½% 77½ à 78 bez. und Gld., Priorität 4% 90 Gld., Priorität 5% 99 Gld., Serie III. 5% 98 Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 107 à ½ bez., Litt. B. 3½% 102½ Br. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 102¼ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 81 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 118 Br. Posener Pfandbriefe 4% 99⅛ bez., 3½% 87 bez. Preußische Bank-Antheile 90, 91, 90½ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 95 Br., neue 4% 93¾ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 78¾ bez. und Gld., à 300 Fl. 135 Gld.

Karlsruhe, 30. November. Zwanzigste Serienziehung der großherzogl. badischen 35 Fl.-Loose: 209 1351 1638 1657 3126 3215 3573 3766 3948 4366 4905 4549 4989 5657 5780 5954 6227 7342 7451 7578.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.